Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt".** [Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg. Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 37. **Mittwoch den 13. Februar 1901.** 8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Bauer und Gutsherr bei den Getreidezöllen.

Wp. Die Frage der Getreidezölle hat abermals das politische Interesse an dem Bauernthum wachgerufen. Es ist sehr kennzeichnend, daß damit zugleich die Agrarier eine Verleumdungskampagne gegen die Sozialdemokratie inszenirt haben. Alte Fälschungen, nicht ein Mal, zwanzig Mal bereits von uns zurückgewiesen und als gemeiner Gimpelfang entlarvt, tauchen wieder auf in holder Gemeinschaft mit neuen Lügen. Bald beruft man sich auf ein entstelltes Zitat aus einem vor einem Jahrzehnt geschriebenen Zeitungsartikel, dessen Verfasser längst sein Heil außerhalb unserer Partei gesucht hat, bald auf eine angebliche Aeußerung von Bebel, welche dieser positiv bestreitet, die auch zu plump gefälscht ist, um Glauben zu finden. Ohne Noth würde doch kein Mensch, geschweige schon von Ehrlichkeit, einfach von politischem Verstande zu solchen Kampfesmitteln seine Zuflucht nehmen. Darum sind diese Agitationen, wie gesagt, charakteristisch.

Die Herren behaupten ja immer, der Bauer mit seinem „antikollektivistischen Schädel" sei der natürliche, nie zu versöhnende Feind der Sozialdemokratie. Was brauchen sie sich da noch extra Mühe zu geben, und dabei mit dem gewagtesten Lügenaufwand, um die Sozialdemokratie beim Bauern anzuschwärzen? Dieser verdächtige Eifer, mit dem man auf den Bauern einredet, er solle ja nicht der Sozialdemokratie glauben, das muß doch schließlich den Bauern selbst stutzig machen! Wozu das, da doch die Dinge so offen zu Tage liegen!? Der Agrarier ganze Weisheit sind die Getreidezölle. Und die Sozialdemokratie war stets offen und entschieden gegen die Getreidezölle. Also, wenn es wirklich wahr sein sollte, wie die Agrarier behaupten, daß bei den Getreidezöllen die Interessen des Gutsherrn und des Bauern solidarisch sind, dann brauchten sie vor der Sozialdemokratie keine Angst zu haben und brauchten keine Verleumdungen. Aber dem ist eben nicht so. Die Agrarier wissen, daß in den Getreidezöllen keine Interessensolidarität, sondern ein Interessenzwiespalt der landwirthschaftlichen Klassen sich birgt, sie fürchten, daß die Agitation der Sozialdemokratie ihn aufdecken wird, und deshalb hetzen sie gegen diese. Nicht um den „Zukunftsstaat" handelt es sich — war doch der agrarische Antrag Kanitz selbst ein Stück „Zukunftsstaat" — sondern darum, daß die Sozialdemokratie die Taglöhner und Kleinbauern gegen die Gutsherren rebellisch macht. Das erfüllt die Herren mit ingrimmiger Wuth!

Und allerdings, was dem Gutsherrn — darunter verstehen wir den Junker ebensogut wie den Großbauern, dessen ganze Wirthschaft auf seinen Knechten ruht — frommt, das nützt aber noch keineswegs dem Bauern.

Man frage den Bauern, wann er besser daran ist, wenn der Boden billig, oder wenn das Brod theuer ist? Schon nicht zu reden von den sehr zahlreichen kleinen Bauern, welche Brod zukaufen und also ein direktes, klares Interesse an den niedrigen Brodpreisen haben, wird selbst der Bauer, der etwas Getreide verkauft, wenn er genau überlegt, sehr im Zweifel sein, wofür er sich entscheiden soll. Er sagt dann vielleicht: „Beides! Billiger Boden und hohe Getreidepreise!" Abgesehen davon, ob das möglich sei, so bringt doch schon diese Antwort den Bauern in einen Interessengegensatz zum Gutsherrn. Denn der Gutsherr will theueren Boden und theueres Brod. Dem Gutsherrn ist der Boden ein Kapital, aus dem er Profit schlägt; dem Bauern ist er ein Mittel, um durch seiner Hände Arbeit für sich und die Seinigen Brod zu gewinnen.

Der Bauer ist froh, wenn er nicht zu verkaufen braucht. Freilich, die Hypothekenschuld, die Steuern und sein Lebens- und Wirthschaftsbedarf zwingen ihn dazu. Unter diesem Drucke der Noth trägt er oft zu Markte, was er sehr gut in seiner eigenen Familie hätte verbrauchen können. Oder meint man, der Bauer findet selbst keinen Geschmack an der Butter, den Eiern, dem Geflügel, der Milch, die er in die Stadt schafft? Die Zeiten sind vorbei, wo im Bauernhaus volle Schüsseln waren; jetzt ist Schmalhans Küchenmeister. Der Bauer mästet das Schwein oder das Kalb, um sie zu verkaufen, indessen zu Hause Mehl und Kartoffeln den Speisezettel füllen. Anders der Gutsherr! Der eigene Bedarf kommt für ihn kaum in Rechnung, dazu reicht es auf alle Fälle mehr als genug; der Gutsbesitzer hat es extra auf den Verkauf abgesehen, er ist Geschäftsmann, und zwar Händler und Spekulant. Wenn die Getreide- und Bodenpreise steigen, dann handelt der Gutsherr nicht nur mit Getreide, sondern auch mit Land. Er zieht dann Hypotheken auf sein eigenes Gut und kauft mit dem Geld die Bauernstellen seiner Umgebung zusammen. Das nennt er „arrondiren", und dieses Arrondiren hat kein Ende, solange die Getreidepreise steigen. Die ältere Generation wird sich noch erinnern, wie in Deutschland in den 50er und 60er Jahren das „Bauernlegen" Mode war, als die Getreidepreise hoch waren. Da war von Interessengemeinschaft zwischen Gutsherrn und Bauern noch keine Rede! Vielmehr setzten die Gutsherrn alle Hebel in Bewegung, um den Bauern von seiner Scholle wegzujagen.

Der Masse der Bauern fehlt es an Land. Das ist allgemein bekannt. Sie sind stets bereit, Land zuzukaufen. Das fällt ihnen auch jetzt schon, trotzdem unter der Wirkung der amerikanischen Konkurrenz die Getreidepreise eine sinkende Tendenz zeigen und infolge dessen der Gutsbesitzer an Landaufkäufe nicht mehr denkt, äußerst schwer, und sie haben durch Konkurrenz untereinander die Bodenpreise enorm in die Höhe gebracht. Wenn durch ein ungehindertes Sinken der Getreidepreise die Großgrundbesitzer zur Subhastation getrieben worden wären — woran freilich nicht zu denken — so würden die Bauern den Vortheil davon ziehen. Soweit geht der Interessengegensatz.

Weil also der Bodenpreis dem Getreidepreis folgt, ist der Bauer an dem niedrigen Getreidepreis interessirt. Und dieses Interesse wächst umsomehr, je geringer der Besitz des Bauern und je zahlreicher seine Familie, bis bald ein Punkt erreicht wird, wo der Bauer ein ebenso direktes Interesse an dem niedrigen Brodpreis wie an dem niedrigen Bodenpreis hat, wo also beides zusammenwirkt, um ihn zum Gegner des Gutsherrn und der agrarischen Politik zu machen.

Vom Bauern, der etwas Getreide verkauft, bis zum Bauern, für den der Getreideverkauf die Hauptsache ist, da ist auch noch ein großer Zwischenraum. Der Bauer als Milch- und Fleischproduzent ist daran interessirt, daß die Futterpreise nicht in die Höhe gehen, die aber im Zusammenhang stehen mit den Getreidepreisen, und auch daran, daß die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung nicht vermindert werde. Je theurer das Brod bezahlt wird, desto weniger Fleisch, Butter, Milch, Eier wird von den Arbeitern gekauft — der Bauer spürt das viel mehr, als der Gutsherr. Was hat den Margarinekonsum und jenen des amerikanischen Schweineschmalzes so gefördert, daß keine Prohibitivgesetzgebung das mehr zu verhindern vermochte? Nichts anderes als die theueren Brod- und Fleischpreise!

So trifft der Getreidezoll große Massen des Bauernthums als Produzenten und als Konsumenten. Und darum sind die Agrarier so sehr bemüht, die sozialdemokratische Agitation von den Bauern fern zu halten.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.")

Berlin, den 11. Februar 1901.

Der Reichstag erledigte in seiner heutigen Sitzung die Etats mehrerer Reichsämter. Zu gar keiner Debatte gab der Rest des Reichsjustizetats Veranlassung. Lebhafter ging es schon her, als die Reihe an das Reichsschatzamt kam. Die Vertreter der verschiedensten bürgerlichen Interessengruppen und -gruppchen rückten mit einer wahren Fluth von Wünschen, Klagen, Beschwerden und Ausstellungen dem Reichsschatzsekretär Frhrn. v. Thielmann auf den Leib. Eine „Unmasse" von Materien wurde angeschnitten: Saccharingesetz, Zolltarif und Termin seiner Einbringung, Geschmacklosigkeit der neuesten Jubiläumsdenkmünzen, Prägung von 25- und 50 Pfennig- und 2- und 5-Mark-Stücken, falsche Orthographie auf Geldscheinen, Anleihepolitik. Auf Vollständigkeit macht diese unsere Aufzählung keinen Anspruch; doch wollen wir noch hinzufügen, daß auch der Mittellandkanal in die Debatte hineinspielte; der Antisemit Dr. Böckel offenbarte mit „Cecils geheimnißvoller Miene" dem Hause, daß der Kanal „sicher" gebaut werde; von wannen ihm diese Wissenschaft kam, verrieth er leider nicht. Dr. Oertel scheint von der Prophetengabe des ihm sonst recht nahe stehenden Dr. Böckel wenig zu halten, er meinte, es sei noch gar nicht so sicher, daß der Kanal gebaut werde. Damit dürfte er nicht ganz Unrecht haben, sicher aber hatte er Recht, als er die schauderhafte Geschmacklosigkeit, die man bei den Jubiläumsdenkmünzen an den Tag gelegt, geißelte. Und noch in einer dritten Beziehung dürfte er nur allzu sehr das Richtige getroffen haben: in der Konstatirung der Thatsache, daß, wie das Reichsamt des Innern, so auch das Reichsschatzamt völlig vor den Agrariern kapitulirt hat. Herr Thielmann, von Haus aus kein Agrarierfreund, ist allmählich mürbe wie Zunder geworden und hat es aufgegeben, wider den agrarischen Stachel zu löcken.

Nach Erledigung des Etats des Reichsschatzamtes wandte sich das Haus der Berathung des Etats der Reichseisenbahnverwaltung zu. Anknüpfend an das furchtbare Offenbacher Eisenbahnunglück geißelte Genosse Segitz die Fiscalität, die sich in der Eisenbahnverwaltung breit und breiter macht, die Plusmacherei, die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter und Beamten, die geringe Rücksichtnahme auf das Publikum. Daß des Herrn v. Miquels Geist über den Reichseisenbahnen schwebt, konstatirte auch der freisinnige Straßburger Riff, der im Uebrigen spezielle Beschwerden des Reichslandes vortrug.

Doch der Reichseisenbahnverwaltung erstand ein Helfer. Der Kommerzienrath Schlumberger, in Mühlhausen als Kandidat der Protestler gewählt und alsdann der nationalliberalen Fraktion als Mitglied beigetreten, hielt eine Rede, deren größter Theil auf der Tribüne unverständlich blieb, dessen wichtigsten Theil indessen ein gütiges Geschick vor dem Untergehen in der allgemeinen Unruhe bewahrte. Herr Kommerzienrath Schlumberger erklärte die Löhne, die die Reichseisenbahnverwaltung zahlt, für ganz außerordentlich hoch. Kein Wunder, daß Herr v. Thielen, der gleich darauf das Wort ergriff, den Bundesgenossen mit Jubel begrüßte. Im Uebrigen leistete sich der Herr Minister für Eisenbahnunfälle eine köstliche Redeblume: er erklärte unter Bezugnahme auf die vollberechtigte Kritik der vierten Wagenklasse durch Segitz, man müßte die vierte Klasse erfinden, wenn sie nicht zum Glück bereits existirte. Na ja! Gute Carrière und vortheilhafte Verbindungen haben ja die Verkehrs-Excellenz von dem Geschicke bewahrt, die vierte Wagenklasse benutzen zu müssen.

Auch die Herren Gamp und Paasche sangen das hohe Lied von der vierten Klassen, in der es sich — für andere Leute — so herrlich fährt. St. Zuckerpaasche will auch nichts von einer Verbilligung der Tarife wissen.

Morgen soll die Berathung fortgesetzt werden; außerdem stehen Chinavorlage und Chinarelictenvorlage auf der Tagesordnung.

---

46. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Nieberding, Frhr. v. Thielmann.

Die zweite Berathung des Justizetats wird bei den „Fortdauernden Ausgaben" fortgesetzt. Dieselben werden debattelos genehmigt, ebenso die Einnahmen.

Es folgt die zweite Berathung des Etats des Reichsschatzamts. Bei den „Fortdauernden Ausgaben", Titel „Staatssekretär", beklagt sich

Bassermann (NL.) über die Handhabung des Stempelsteuergesetzes bei Verstempelung von Interimsscheinen bei nicht voll eingezahlten Stammaktien.

Dr. Böckel (Antis.) beklagt sich über das fortwährende Steigen der Reichsschuld. Unsere Finanzwirthschaft ist eine derartige, daß man nur den Kopf schütteln kann. Wohin soll denn die Anleihewirthschaft führen? Möge doch lieber der Schatzsekretär offen vor uns hintreten und erklären, daß die Einnahmen nicht reichen, daß neue Steuern nothwendig sind. Vor allem müssen wir einen Arbeitsplan für die Zukunft verlangen. Heute sehe ich nur die wachsende Verschuldung und Abhängigkeit von der Börse.

Dr. Oertel (K.): Die Anleihewirthschaft ist gewiß kein schöner Zustand, aber auch der Vorredner hat keine großen neuen Gesichtspunkte zur Abhilfe derselben anführen können. Für neue Steuern, von denen er sprach, würde er wohl auch nicht zu haben sein. — Ich wollte den Herrn Staatssekretär nur bitten, die Vorbereitungen zum neuen Zolltarif möglichst zu beschleunigen. In

einem Artikel des „Berliner Tageblatts“ von Sonnabend stand, es sei ausgeschlossen, daß der Zolltarif vor Mai an den Reichstag gelange; ferner hieß es, die Arbeit des Reichsamts des Innern sei so mangelhaft gewesen, daß im Reichsschatzamt alles noch einmal gemacht werden müsse. Ich halte es für sehr wichtig, daß Klarheit darüber geschaffen wird, daß das Reichsschatzamt mit diesem Artikel nichts zu thun hat. (Bravo! rechts.)

Reichsschatzsekretär v. Thielmann: Auch von anderen Blättern sind irrthümliche Meldungen über den Zolltarif verbreitet worden. Hätte ich alle diese Mittheilungen sofort dementiren wollen, so hätte ich die Arbeitskraft meiner Räthe mehr auf Dementis als auf den Zolltarif verwenden müssen. (Heiterkeit.) Schon aus anderem Munde ist ja bekannt geworden, daß der Abschluß der Vorarbeiten zum neuen Zolltarif in nächster Zeit zu erwarten ist. Im Reichsschatzamt arbeiten seit Jahresfrist alle irgend verfügbaren Kräfte an dem neuen Zolltarif. Das Reichsamt des Innern hat einen erheblichen Theil zu den Vorarbeiten beigetragen. Beide Aemter haben von jeher einträchtig einander in die Hände gearbeitet. Ich hoffe, daß der Zolltarif in kürzester Zeit an den Bundesrath gelangen wird. Genaueres über den Termin kann ich nicht sagen. Die Notiz des „Berliner Tageblattes“ von der schlechten Arbeit des Reichsamts des Innern ist ganz unbegründet. Von einer Unbrauchbarkeit des Stoffes ist keine Rede. Natürlich muß ein Amt den Stoff, den ihm das andere bringt, gründlich durcharbeiten. Das ist hier geschehen. Was meine Beziehungen zum „Berliner Tageblatt“ betrifft, so kann ich erklären, daß weder ich, noch soweit mir bekannt ist, einer meiner Beamten einen Berichterstatter dieses Blattes empfangen noch ihm Aufklärung gegeben hat.

Dr. Paasche (NL.) wendet sich gegen die Angriffe des Dr. Böckel gegen die deutsche Finanzwirthschaft.

Speck (Z.) fragt an, in welchem Umfange die vom Reichstag in einer Resolution geforderte Neuausprägung von Kronen stattgefunden hat und beklagt sich über die wenig künstlerische Ausführung der neuen Denkmünzen, die ganz auf derselben Höhe ständen, wie die neuen Germaniabriefmarken. — Redner spricht schließlich über den Stand des Saccharingesetzes.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Thielmann: Der Saccharin-Gesetzentwurf ist im Reichsschatzamt fertig gestellt, die andern Instanzen aber haben noch nicht zu einer Einigung gelangen können. Es besteht die Streitfrage, ob sich eine strenge Verkehrskontrolle durchführen läßt. Dann würde eine hohe Steuer nicht nöthig sein. Viele halten eine strenge Verkehrskontrolle nicht für möglich und wollen daher lieber eine hohe Steuer. Ich hoffe, daß der Streit in Bälde erledigt sein wird. — Was die Bemängelung der Denkmünzen anbetrifft, so kann ich nur sagen: über den Geschmack läßt sich nicht streiten. Vielen Leuten haben die Münzen sehr gefallen, sodaß die Ausprägung von 1 Million Zweimarkstücken und 100 000 Fünfmarkstücken nicht einmal gereicht hat. — An Kronen sind 1898/99 42 Millionen geprägt worden. Eine weitere Ausprägung von 20 Millionen habe ich beantragt, 5 Millionen werden durch Umprägung hergestellt, sodaß in nächster Zeit 25 Millionen dem Verkehr zugeführt werden sollen.

Dr. Oertel (K.): Die Differenz zwischen den entscheidenden Stellen über die Saccharinbesteuerung ist dadurch leicht zu lösen, daß man beides einführt: scharfe Verkehrsbeschränkungen und hohe Besteuerung. — Nur der Ungeschmack kann die Denkmünzen schön finden. Redner wünscht Prägung von 25 Pfennigstücken.

Werner (A.): Ohne neue Steuern werden wir bei der jetzigen Finanzlage nicht auskommen, nur müssen dieselben auf die leistungsfähigen Schultern gelegt werden.

Dr. Müller-Sagan (FVp.): So ungünstig, wie Herr Böckel die Finanzlage hinstellt, ist sie durchaus nicht. Die 25 Pfennigstücke passen nicht in unser Dezimalsystem hinein.

Kirsch (Z.): Ich habe bisher erst zwei Herren gefunden, die die neuen Denkmünzen geschmackvoll fanden, den Herrn Reichsschatzsekretär und den Unterschatzsekretär Mehnert. (Heiterkeit.) Unser Volk verlangt noch etwas anderem als den gewöhnlichen Zweimarkstücken.

Nachdem sich noch der Abg. Speck (Z) gegen den Vorschlag des Abg. Dr. Oertel bezüglich des Saccharingesetzes ausgesprochen hat, schließt die Diskussion.

Der Titel wird bewilligt. Ebenso der Rest des Etats ohne weitere Debatte. Desgleichen werden der Etat der Reichsschuld und des Rechnungshofes debattelos erledigt.

Es folgt der Etat für die Verwaltung der Reichseisenbahnen. Die Berathung beginnt mit den „Fortdauernden Ausgaben, Zentralverwaltung Tit 1. Chef des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen.“

Die Kommission beantragt zwei Resolutionen anzunehmen:

1) Herabsetzung der Gepäcktarife auf den Reichseisenbahnen;

2) Ermittelungen darüber, wie hoch sich die Ausfälle für die deutschen Reichs- und Staatsbahnen belaufen würden bei Ermäßigung des Tarifsatzes für die beurlaubten Militärpersonen auf 0,01 Mark für das Kilometer und eine Mittheilung über das Resultat dieser Ermittelungen noch im Laufe der Etatsverhandlungen an den Reichstag gelangen zu lassen.

Segitz (SD.): Durch das Offenbacher Eisenbahnunglück ist das gesammte Publikum in eine große Erregung versetzt worden. Die Hauptschuld wird der Pfuschwirthschaft der Reichseisenbahnverwaltung zur Last gelegt. Wenn die Ursache des Offenbacher Eisenbahnunglücks falsche Sparsamkeit gewesen ist, dann haben wir alle Veranlassung, diesem System gegenüberzutreten. Aus Anlaß des Unglücks ist auch wieder über die Gefahren debattirt worden, die die D-Züge bieten. Neues kann hierüber kaum gesagt werden. Sicher ist, daß die Gasbeleuchtung die Explosionsgefahr erhöht. Ein triftiger Grund gegen die Einführung der elektrischen Beleuchtung läßt sich nicht finden. Die Reichseisenbahnverwaltung sträubt sich dagegen, weil erhöhte Kosten die Renten einigermaßen schmälern werden. Die herrschende Sparsamkeit hat es auch verhindert, daß mit einem neuen Kuppelungssystem genügende Versuche gemacht worden sind. Was die Tariffrage anlangt, so ist ja in absehbarer Zeit eine einheitliche Regelung insbesondere eine Herabsetzung der Personentarife nicht zu erwarten. Und doch ist eine solche Herabsetzung durchaus nothwendig und wie die Erträgnisse der Bahnen beweisen auch sehr wohl möglich. Mit der Herabsetzung des Gepäcktarifes, wie sie die Resolution der Kommission fordert, sind wir durchaus einverstanden. Auf die schlechten Lohnverhältnisse und die Ueberanstrengung der unteren Beamten haben meine politischen Freunde wiederholt hingewiesen. Auch bei dem Offenbacher Unglück behauptet man, vor die Ueberanstrengung der einzelnen Beamten Schuld. Alles in Allem sehen wir, daß das Publikum und die Eisenbahnbediensteten unter dem System der Sparsamkeit und Pfuschwirthschaft leiden. Wir verlangen von dem Reichseisenbahnamt vor allem Befriedigung des Verkehrsbedürfnisses und Besserstellung der Beamten und Arbeiter. (Bravo! b. d. Soz.)

Kiff (Ell. Hospitant d. FVg): Die Rentabilität der Reichseisenbahnen überteigt 5 Proz. des Anlagekapitals. Soviel Geld wie möglich wird für den Reichssäckel herausgeholt und daran allein liegt es, daß die Personen- und Gütertarifsätze nicht zum Abschluß gelangen, obwohl ihre Nothwendigkeit auf der Hand liegt. Die Landesvertretung von Elsaß-Lothringen hat nicht ein Wort mitzureden in Eisenbahnsachen. Das ist ein Unrecht und wird schwer empfunden. Aus den Erträgnissen der Reichseisenbahnen sollte dem Reichslande eine Rente zufließen. Die nothwendig werdende Erhöhung der Matrikularbeiträge wird Elsaß-Lothringen mit 1 400 000 Mk. belasten. Dieser Betrag sollte aus den Ueberschüssen der Reichseisenbahnen an das Land zurückfließen. Redner fragt, was in Sachen der Straßburger Rheinübergänge geschehen wird, wenn die Stadt, wie zu erwarten ist, den hohen Beitrag, den sie leisten soll, ablehnen wird.

Schlumberger (NL.) [auf der Tribüne fast unverständlich]: Die Löhne der Angestellten der Eisenbahn genügen vollkommen allen gerechten Ansprüchen. Ich fühle mich verpflichtet, das hier zu konstatiren. (Bravo! rechts.) Des weiteren vertheidigt Redner einen Antrag, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß ein Gesetz über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen möglichst bald in den Reichslanden eingeführt und die Reichseisenbahnverwaltung zur Schaffung von Anschlüssen an Reichseisenbahnen verpflichtet wird.

Eisenbahnminister Thielen: Ich freue mich über die Anerkennung der Thätigkeit der Reichseisenbahnverwaltung seitens des Vorredners. Bezüglich der Tarifreform muß ich zu meinem Bedauern konstatiren, daß dieselbe bezüglich der Personentarife keinen wesentlichen Fortschritt gemacht hat. Es herrschen vor allem wesentliche Zweifel darüber, ob es angebracht ist, die Reform mit einer Verbilligung zu beginnen. Herr Riff hat gewünscht, daß die Reichslande an den Revenuen der Reichseisenbahnen Antheil haben sollen. Die Bahnen dienen aber nicht blos strategischen Zwecken, sondern auch dem Verkehr und außerdem beträgt der Beitag der Reichslande nur 8,6 pZt. dessen, was das Reich für die Eisenbahnen geleistet hat. — Was den Antrag des Herrn Vorredners betrifft, so steht die Reichseisenbahnverwaltung ja mit der Landesregierung und den Interessenten über die nöthigen Anschlußbahnen in steter Verbindung. Aber es liegen da doch einige Schwierigkeiten vor.

Gamp (RP.): Wenn Herr Segitz bei den einzelnen Positionen nachher seine Beschwerden über die Löhne der Eisenbahn-Angestellten vorbringt, so möge er uns zugleich sagen, was die Arbeiter bei der Privatindustrie in der betreffenden Gegend bekommen. Ein Lohnsatz von 2,35 Mk. scheint ja sehr niedrig, aber es kommt doch ganz darauf an, ob er an einem verkehrsentlegenen Orte oder in einer Stadt gezahlt wird. Die Frage des durchaus zuverlässigen Kuppelungssystems und der geringeren Feuergefährlichkeit der elektrischen Gasbeleuchtung ist durchaus noch nicht so definitiv gelöst, wie es Herr Segitz hinstellte.

Dr. Paasche (NL.): Nicht die Verbilligung, sondern die Vereinfachung der Tarife ist nothwendig. Bei der traurigen Finanzlage des Reiches sind Experimente in dieser Hinsicht nur mit großer Vorsicht vorzunehmen. — Die 4. Klasse ist durchaus nicht als menschenunwürdig zu bezeichnen. (Lachen links.) Ich bin selbst 4. Klasse gefahren; gerade für Arbeiter, die Handwerkszeug mit sich führen, ist diese Klasse außerordentlich praktisch. (Lachen links.)

Die Weiterberathung wird hierauf auf Dienstag 1 Uhr vertagt; außerdem China-Vorlage und Reliktenversorgung für die Chinakrieger.

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Sirenenklänge. Das Zentrum will die Kornzölle zu Gunsten der — Arbeiter verwenden. Wir bitten ernst zu bleiben. Der neugewählte Reichstagsabgeordnete für Aachen, Lehrer Sittard, hat zu seinen Wählern gesagt:

> Im Namen der Zentrumspartei kann ich Ihnen erklären, daß die Erträgnisse aus den Getreidezöllen nicht auch nur zu einem kleinen Theil in den Staatssäckel fließen sollen, sondern daß sie zur Schaffung einer Wittwen- und Waisenversicherung für unsere Arbeiter verwendet werden sollen. Ich gebe diese Erklärung ab, nachdem ich mit mehreren Führern meiner Fraktion über diesen Punkt eine längere Auseinandersetzung hatte.

Nun sage noch Einer, das Zentrum sei nicht volksfreundlich! Erst nimmt man den Arbeitern das Geld scheffelweise, und dann soll es ihnen nach Abzug der Erhebungs- und Verwaltungskosten und nachdem sich die Agrarier gütlich daran gethan haben, theelöffelweise wieder zufließen. Für wie dumm muß man im Zentrum die deutschen Arbeiter halten!

Staatsgefährliche Inserate. Im preußischen Abgeordnetenhause erklärte kürzlich der Minister des Innern gegenüber dem Abg. Dr. Sattler, daß neben den sozialdemokratischen auch die Aufnahme „welfischer“ Inserate in Kreisblättern „ungehörig“ sei. Diese Ministeransicht äußert schon ihre Wirkung. Als vorige Woche in Stade der Vorsitzende des Klubs „Hannovera“ eine Anzeige, welche eine Maskerade (!) betraf, beim „Stader Tageblatt“, dem Kreisblatt des Kreises Stade, aufgeben wollte, theilte ihm der Besitzer mit, daß er infolge höherer Weisung Inserate des Klubs „Hannovera“ nicht mehr aufnehmen dürfe!! Angeblich soll der Regierungspräsident eine Verfügung an die Kreisblätter des Regierungsbezirks Stade erlassen haben, wonach ihnen unter Androhung der Entziehung ihres amtlichen Charakters verboten wird, Inserate von deutsch-hannoverschen, freisinnigen und sozialdemokratischen Vereinen, Klubs 2c. über Versammlungen, Zusammenkünfte, Festlichkeiten aufzunehmen. — Die armen Kreisblätter! Nach solchen Anordnungen des Ministers dürften ihnen nicht mehr viel lohnende Inserate übrig bleiben. Und doch sind gerade die Kreisblätter bei ihren geringen Abonnentenbeständen in der Regel auf die Inserateneinnahmen angewiesen.

Lehrreiche Zahlen. Ueber die Einkommen-Verhältnisse in Berlin, die Zahl der Millionäre und die Steuerleistungen berichten die Zahlen des jetzt vorliegenden Verwaltungsberichts der Steuerdeputation für das Jahr 1899. Danach gab es 305 763 Steuerpflichtige mit einem Einkommen bis zu 3000 Mark, darunter 199 420 mit einem Einkommen bis 900 Mark. Sie sollten an Staatseinkommensteuer die Summe von 4 288 615 Mark aufbringen. 47 475 Personen hatten ein Einkommen von mehr als 3000 Mark, für sie bezifferte sich das Steuer-Soll auf 19 174 102 Mark. Im einzelnen gliedern sich die Einkommen wie folgt: 24 998 Personen bezogen ein Einkommen von 3000—6000 Mark, 10 835 ein solches von 6000—10 500 Mark, 6449 Personen ein solches von 10 500—20 500 Mark, 2017 Personen ein solches von 20 500—30 500 Mark, 966 Personen ein solches von 30 500—40 000 Mark, 584 Personen ein solches von 40 000—50 000 Mark, 621 bis 70 000 Mark, 400 bis 100 000 Mark, 404 Personen hatten ein Einkommen von 100 000—200 000 Mark. Die übrigen 199 Steuerpflichtigen vertheilen sich auf die Einkommensätze von über 200 000 Mark bis hinauf zu über 2 Millionen Mark. 14 Personen hatten über 1 Millionen Mark Einkommen, darunter drei sogar über 2 Millionen Mark. Die Zahl der Millionäre betrug 1336. Denn diese Zahl von Personen besitzen ein Vermögen von 1 Millionen Mark und darüber. 85[illegible] halten sich in den Grenzen von 1—2 Millionen, 21[illegible] von 2—3 Millionen, 86 von 3—4 Millionen, 67 von 4—5 Millionen, 29 von 5—6 Millionen, 17 von 6—7 Millionen, 28 von 7—10 Millionen, 29 von 10—20 Millionen, bei 6 Personen geht das Vermögen noch höher hinauf bis zu 39 760 000 Mark. Ein Häuflein Menschen kaum groß genug, um einen geräumigen Saal zu füllen gebietet über Milliarden, indeß viele Hunderttausende kaum das Nothwendigste haben, um ihr Leben zu fristen.

Ueber den Dreibund und seine Erneuerung erzählt das „Memorial diplomatique“ allerlei. Dies Blatt behauptet, daß die Kabinete von Wien, Berlin und Rom beabsichtigen, den Dreibund-Vertrag lange Zeit vor seinem Ablauf im Geheimen zu erneuern. Als Zweck dieses Verfahrens wird bezeichnet, daß die Regierungen eventuelle Proteste seitens der öffentlichen Meinung vermeiden wollen.

Der Bund der Landwirthe hielt am Montag seine Generalversammlung im Zirkus Busch in Berlin ab. Freiherr von Wangenheim knüpfte an die Mahnung, daß im „bevorstehenden Entscheidungskampfe“ die Mitglieder des Bundes sich an ihren Brüdern in Transvaal ein Beispiel nehmen möchten, das Kaiserhoch. Auch im Kampf des Bundes handle es sich wie in Transvaal um „zerstörte Bauernhöfe“ und „ruinirte Bauern“. Er nannte Bülow den Mann des gesunden Selbstbewußtseins. Aber Kanzler und und Minister geben den Ausschlag nicht. Es frage sich, wie denkt der Kaiser? Die Mode, an den Worten des Kaisers zu modeln, wolle er nicht mitmachen. Damit meinte er wohl das bekannte Wort des Kaisers vom „Brodwucher“. Gewiß könnten Zeiten kommen, in denen Mißverständnisse zwischen den Herrscher und das Volk sich schieben. „Aber wir wissen auch, daß über dem Herrscher ein gerechter Gott im Himmel lebt.“ Abg. Dr. Rösicke manipulirte mit der bekannten agrarischen Behauptung, daß die Handelsvertragspolitik die nationalen Interessen geschädigt habe. Er warnte, sich vor allem nicht blind machen zu lassen dadurch, daß von allen Seiten Versprechungen gegeben werden. Er fürchte die, die so viele Versprechungen machen. Versprechungen seien genug gegeben worden, Thaten aber wenige. „Jetzt wollen wir Thaten sehen.“ Der Bund der Landwirthe habe das Vertrauen zu Gott, daß er helfen werde. Was Gottvertrauen vermöge, zeige das Burenvolk in Südafrika. „Wir wollen von ihnen lernen, im festen Gottvertrauen zu kämpfen und zu streiten um die deutsche Scholle, die wir bebauen, um unsere Existenz und unsere Heimath. Gott möge uns den Sieg verleihen.“

Nach dem Geschäftsbericht des Abg. Diedrich Hahn zählte der Bund der Landwirthe am 1. Februar 232 000 Mitglieder, 26 000 mehr als im vorigen Jahre; davon wohnen östlich der Elbe 110 000, westlich der Elbe 122 000. Der Bund der Landwirthe werde, so meinte Abg. Hahn ironisch, deshalb wohl bald offiziell den Namen die „Westelbier“ annehmen müssen. Im vergangenen Jahre hätten sich in Bayern 2500, in Württemberg 1200 Landwirthe dem Bunde angeschlossen. Von den gesammten Mitgliedern gehören angeblich 1480 dem Großgrundbesitz, 28 520 dem mittleren, 202 000 dem Kleingrundbesitz und 18 000 dem Handwerkerstande oder einem anderen gewerblichen Berufsstande an. Im vergangenen Jahre wurden über 9000 Versammlungen im ganzen Deutschen Reiche abgehalten. Die Kassenbilanz für das Jahr 1900 ergab in der Einnahme einen Ueberschuß gegen die Ausgabe in Höhe von 16,750 Mk. Abg. Hahn klagte darüber, daß im Bund viele der Herren Grundbesitzer den Anspruch erheben auf besondere Berücksichtigung.

Die Genossenschaftsabtheilung des Bundes der Landwirthe vereinigt 373 Genossenschaften, nämlich 81 Spar- und Darlehnskassen, 22 Ein- und Verkaufs-Genossenschaften, 13 Molkerei-Genossenschaften, 12 Brennerei-Genossenschaften, 78 Pferdezucht-Genossenschaften, 140 Milchverwerthungs-Genossenschaften und 27 diverse Genossenschaften. Der Umsatz dieser Genossenschaften betrug im verflossenen Geschäftsjahre 24 Millionen gegen 13 3 im Vorjahre. Die Zentralverwaltung des Bundes umfaßt 23 Oberbeamte, 102 Bureaubeamte und Hilfsbeamte in der Berliner Zentrale und 11 Geschäftsführer in den einzelnen Landestheilen.

Den Hauptpunkt der Verhandlungen bildete die Erörterung des neuen Zolltarifs. Dazu haben die Referenten Rittergutsbesitzer v. Oldenburg-Januschau und Abg. Lucke die bekannten Forderungen des Bundes der Landwirthe in einer langen Resolution zusammengefaßt. Im Eingang wird betont, daß von der Umgestaltung des Zolltarifs die „endliche Entscheidung über das Geschick der deutschen Landwirthschaft“ abhänge, die „eine zweite Periode der Schädigung ihrer Lebensinteressen nicht überstehen“ würde. Die Resolution fordert einen gleichmäßigen Schutz aller landwirthschaftlichen Produkte, welcher genügend ist, „der Landwirthschaft dauerndes Gedeihen für alle Fälle zu bewerkstelligen.“ Welche Zollsätze für diese Unterhaltung der Agrarier auf Kosten der Allgemeinheit für nöthig gehalten werden, giebt die Resolution nicht an. Sie fordert, daß die Mindestsätze des neuen Zolltarifs so bemessen werden, „daß sie die Erstattung auskömmlicher Durchschnittspreise, wie sie die beiden Jahrzehnte von 1870—1890 aufweisen, ermöglichen.“ Dieselben

dürften nicht unterschritten werden und seien nur denjenigen Ländern zu gewähren, „welche auch ihrerseits Deutschland ein gleiches Entgegenkommen zeigen.“ Für diejenigen Länder, welche Deutschland zollpolitisch ungünstig behandeln, sollen die Sätze eines ausreichend hoch bemessenen Generaltarifs in Anwendung gebracht werden. Die Resolution fordert weiter die Beseitigung von „Bevorzugungen des Handels mit ausländischen Erzeugnissen durch Zollkredite oder Tarifermäßigungen, welche die Wirkung der Zölle beeinträchtigen.“ Im Anschluß hieran mahnt die agrarische Resolution dringend alle Landwirthe, „Einzelwünsche und lokale Sonderinteressen zurücktreten zu lassen und jede Einspännerei zu vermeiden.“ Sie schließt mit der Aufforderung zur Bildung größerer Verkaufsverbände, „deren Zweck nicht ungesunde Preistreiberei, sondern weise Regelung der Produktion und möglichst gleichmäßige Innehaltung mittlerer Preise sein muß.“

Bei der Begründung dieser Resolution erklärte Rittergutsbesitzer v. Oldenburg in Anspielung an die Verleihung des Grafentitels v. Caprivi nach der Annahme der Handelsverträge: Möge Gott geben, daß aus dem Grafen Bülow ein Prinz wird, ein Prinz, der das Aschenbrödel Landwirthschaft in den Ballsaal führt; „tanzen werden wir schon selber können.“ Oberster Satz im bevorstehenden Kampf müsse sein, daß niemand im Lande ein billigeres Produkt kaufen kann, als es sich im Inland herstellen läßt. Reichstagsabgeordneter Lucke meinte, das Ausland werde froh sein, wenn wir mit ihm Verträge abzuschließen. Gutsbesitzer Pilgram-Keltz, ein Vorstandsmitglied des rheinischen Bauernvereins, erklärte, ein Zoll von zehn Mark würde „ungefähr“ die Produktionskosten decken, als Minimalsatz müßten 7 50 Mk. gefordert werden, die Kanalvorlage könne der Landwirthschaft nichts nützen. Abg. Liebermann v. Sonnenberg lobte den Justizminister Schönstedt. Im Abgeordnetenhause habe wieder einmal der Geist Bismarcks von 1849 geweht. Die Aeußerung, daß Ballin ja jetzt der Mann sei, der nicht an der richtigen Stelle stehe, erregte großes Gelächter. Der Bund müsse dem Schatzsekretär v. Thielmann ein kräftiges Wörtlein auf den Weg geben, daß der Zolltarif bald fertig werde. Es sei nichts unmöglich, es müsse nur befohlen werden. Unter stürmischer Heiterkeit erklärte Liebermann v. Sonnenberg, ein englischer Nebel habe sich zwischen Volk und Thron gelagert; fort mit der Engländerei. Er hoffe, der Fürst, der auf dem deutschen Kaiserthrone sitze, werde es nicht zulassen, daß die festesten Stützen von Thron und Altar untergehen und die Revolution heraufbeschwören. (Stürm. Beif.)

Abg. Dr. Oertel drückt den Wunsch aus, daß der Bund der Landwirthe den Kristallisationspunkt bilden werde für die große „nationale“ Partei der Zukunft, für die „Partei der schaffenden Arbeit“. Anmaßend schloß er: wir kämpfen für die Krone unserer Könige und Fürsten. Nach Annahme der Resolution über den Zolltarif wurde die Versammlung geschlossen.

Die Zahl der Anwesenden wird von einem Berichterstatter auf 6-, von einem andern auf 7-, von der „Deutschen Tageszeitung“ auf 8000 angegeben; Abg. Dr. Oertel bezifferte sie im Reichstag auf „Zehntausende“; unter ihnen neben Kanitz, Mirbach, Major Endell auch nationalliberale Abg. Graf Oriola, sowie, nach der „Deutschen Tagesztg.“, „recht zahlreiche Damen.“ (Freis. Ztg.“)

Kleine politische Nachrichten. Im Seniorenkonvent des Reichstages wurde am Montag der Wunsch ausgedrückt, daß unter möglichster Abkürzung der Debatten und rascher Erledigung der Kommissionsarbeiten der Etat am 22. März vollständig erledigt sein könnte, sodaß alsbald die Osterferien beginnen könnten. — Im Reichseisenbahnamt beginnen am Donnerstag die Berathungen über Maßnahmen zur Erhöhung der Betriebssicherheit auf den Eisenbahnen. In einem Rundschreiben, das die Grundlagen für die in Aussicht genommenen Berathungen feststellt, ist die Frage der Einführung von Vorsignalen vor den Blocksignalen neben der Frage einer etwaigen Umgestaltung der Durchgangswagen aufgeführt. Davon, daß auch Lokomotivführer und andere Männer von langjähriger Praxis an den Berathungen theilnehmen, ist bisher nichts bekannt geworden. — Die Roberts-Ehrung durch das kaiserliche Zivilkabinett wird in der süddeutschen Presse besonders scharf erörtert. Die „Münch. Neuest. Nachr.“ erklären, Roberts bleibe auch als Ritter des Schwarzen Adlerordens nur der ruhmlose Führer einer bankrotten Armee im schmählichsten Raubkrieg, den England je geführt habe. — Die thüringischen Weberinnungen haben eine Massenpetition an den Reichstag und den Bundesrath gerichtet des Inhalts, es möchte ein Reichsgesetz erlassen werden, welches die in der deutschen Textilindustrie beschäftigten Hausgewerbetreibenden für versicherungspflichtig gegen Krankheit erklärt. — Ausgewiesen wurde in Elberfeld ein italienischer Erdarbeiter, weil er angeblich „anarchistischen Tendenzen“ huldigt habe. Die anarchistischen Tendenzen waren wohl Gelüste nach höherem Lohn und die Erkenntniß der Solidaritätspflicht? — Gegen die Erhöhung der Getreidezölle veranstalten unsere Parteigenossen am Mittwoch in Berlin und Umgebung 26 Volksversammlungen mit der Tagesordnung: Nieder mit dem Brodwucher! — Wie die „B. N. N.“ aus Osnabrück berichten, sind englische Werber in letzterer Zeit wiederholt in dem nördlichen Theil des Regierungsbezirks und benachbarten Gebieten aufgetaucht und haben Versuche gemacht, Freiwillige für Südafrika zu werben, denen sie zunächst ein gutes Handgeld versprachen. Bisher ist kein Fall bekannt geworden, in dem es gelungen wäre, ein Geschäft abzuschließen. — In Kamerun ist der Oberleutnant Ernst Lequis am 7. Dezember in einem Gefechte bei Wei jamkasse im Jaundebezirk gefallen. — In Budapest veranstaltete Sonntag die sozialdemokratische Partei abermals einen demonstrativen Spaziergang; der Zug wurde jedoch von der Polizei zersprengt. — Die Wahlen in Bulgarien sind ruhig verlaufen. „Nar“ in Philippopel fand eine Rauferei außerhalb des Wahllokals statt, wobei zwei Personen getödtet und mehrere verwundet wurden; zwei Verhaftungen wurden vorgenommen. Bei den Sobranjewahlen wurden, nach einer vorläufigen Meldung, 58 Anhänger der Regierung, 31 Zankowisten, 27 Demokraten, 23 Stoilowisten, 13 Agrarier und 6 Radoslawisten gewählt. Drei engere Wahlen sind erforderlich; ein Wahlresultat steht noch aus. — Auf Kuba hat die Verfassungskommission mit großer Mehrheit einen Verfassungsartikel angenommen, welcher bestimmt, daß alle vor der Promulgirung der Verfassung gemachten Schulden nicht anerkannt werden sollen, ausgenommen diejenigen, welche im Interesse der Revolution vom 24. Februar 1895 ab kontrahirt worden sind.

Spanien.

Die Jesuiten-Krawalle in Spanien dauern fort. In Madrid währten die Unruhen Sonntag bis 11 Uhr Nachts. In den Hauptstraßen und auf den Plätzen wurde geschrieen und gepfiffen. Vor einer Buchhandlung explodirte eine Petarde und verursachte einigen Schaden. Die bewaffnete Macht mußte, der „Frkf. Ztg.“ zufolge, Alles aufbieten, um die Erstürmung des Jesuitenklosters zu verhindern. Etwa 40 Verhaftungen wurden vorgenommen. In Valencia wurde die Thür eines Klosters mit Petroleum begossen. In Granada wurden aus einem Kloster 18 Schüsse abgefeuert, wodurch 2 Leute aus dem Volke verwundet wurden. Die Massen wollten einen Waffenladen einnehmen; der Besitzer vertheidigte sich mit Schüssen. Tumulte gab es auch in einigen anderen Städten. In Valencia wurde bereits der Belagerungszustand proklamirt. Die Regierung droht, auch über Saragossa, wo ebenfalls ernste Kundgebungen stattfanden und durch einen Schuß ein Priester verwundet wurde, den Kriegszustand zu verhängen. In Madrid wird neuerdings die Lage durch den Ausbruch eines allgemeinen Kutscherstreiks noch verschärft. — Der Streik auf der Bahnlinie Caceres wurde endgiltig beigelegt.

Serbien.

Der serbische Exkönig Milan ist Montag Nachmittag 4 Uhr in Wien im Alter von 46 Jahren gestorben. Mit 14 Jahren bereits wurde Milan Fürst von Serbien, mit 18 übernahm er, für volljährig erklärt, die Regierung, als 28jähriger setzte er nach einem siegreichen Krieg die Proklamirung Serbiens zum Königreich durch. Seine zerrütteten Familienverhältnisse, seine Spieler- und Liebesaffären haben oftmals Anlaß gegeben, sich mit ihm zu beschäftigen. 1888 wurde er von der Königin Natalie geschieden, 1889 dankte er zu Gunsten seines 13jährigen Sohnes Alexander ab, 1892 entsagte er allen königlichen Rechten und leistete Verzicht auf die serbische Staatszugehörigkeit. Im Jahre darauf versöhnte er sich wieder mit seiner geschiedenen Frau, setzte auch die Annullirung der Ehescheidung durch. Noch ein Jahr später wurde er wieder in die alten Rechte als Mitglied des Königlichen Hauses eingesetzt, 1898 wieder zum Kommandanten der serbischen Armee ernannt. Zwei Jahre später aber, aus Anlaß der plötzlichen Verlobung seines Sohnes mit Draga Maschin, forderte er zum offenen Widerstand gegen seinen königlichen Sohn auf. Erst vom Sterbebette aus hat er an denselben am Sonntag einen Brief gerichtet. Er äußerte in diesem Briefe große Sehnsucht, Alexander noch einmal zu sehen. „Ich fühle, daß ich sterbe, es ist traurig, mit 46 Jahren sterben zu müssen,“ sagte er zu dem ihn behandelnden Hofrathe Reußer. Nun ist er dahin; mit Ausnahme der Griselten und Spieler, sowie einiger trauernder Gläubiger dürfte es kaum Jemand geben, der ihm eine Thräne nachweint!

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Lord Kitchener meldet aus Pretoria vom 9. Februar: Die im Osten operirenden britischen Truppenabtheilungen haben am 6. Februar Ermelo nach geringem Widerstand des Feindes eingenommen. Den Friedensunterhändler, welcher zum Tode verurtheilt ist, und die übrigen Gefangenen haben die Buren mitgenommen; alle Berichte besagen, daß die Buren sehr erbittert sind. Fünfzig Buren haben sich den Engländern ergeben. Am 6. Februar, 3 Uhr Morgens, hat Louis Botha mit 2000 Mann den General Smith-Dorrien bei Bothwell angegriffen, wurde aber nach schwerem Kampfe zurückgeworfen. Ein Burengeneral ist gefallen, ein anderer schwer verwundet worden; ferner sind zwei Feldkornets gefallen. Die Feinde ließen 20 Todte in den Händen der Engländer zurück. Viele Buren sind schwer verwundet. Die Engländer verloren 24 Todte und 54 Verwundete.“ Schließlich schmeichelt sich der Oberkommandirende, mit seinem Marsche nach Osten eine „regelrechte Panik“ unter den Buren angerichtet und „alle ihre Berechnungen umgestoßen“ zu haben. Wir wollen es abwarten.

In East-London trafen jetzt erst Einzelheiten von einem am 30 Januar auf den Tabakshügeln, in der Mitte zwischen Blumfontein und Smaldeel, stattgehabtem Gefecht ein. Dewet versuchte dort die Engländer in eine Falle zu locken. Es gelang dem kühnen Burenführer dabei, ein englisches Maschinengeschütz zu demoliren und den Briten schwere Verluste zuzufügen. Das „Reutersche Bureau“ bemerkt zu der vorstehenden Depesche, dieser Kampf, über den bisher weder in offiziellen noch in privaten Depeschen berichtet worden, sei vermuthlich eine derjenigen Aktionen, durch welche es Dewet gelang, durch die britischen Linien zwischen Blumfontein und Ladybrand auf seinem Wege nach Süden durchzubrechen. Das sieht gerade nach einer „Panik der Buren“ aus!

Bei einem Kampfe, der, wie Reuters Bureau aus Cradock meldet, am Freitag in der Nähe von Klipplaat Junction stattfand, verloren die (englischen) südafrikanischen leichten Reiter 2 Todte, 5 Verwundete und 15 Gefangene. Danach scheint es sich um einen ziemlich schweren Kampf gehandelt zu haben.

In Durban ist die Nachricht eingetroffen, daß an dem Tage nach der Entgleisung des Postzuges bei Blaklontein ein zweiter Zug in der Nähe von Vlaklaagte von den Buren zur Entgleisung gebracht wurde. Ein Zug mit Eisenbahnbaumaterial und ein Proviantzug hatten in derselben Gegend das gleiche Schicksal. (!!)

Eine Proklamation, die Dewet und Steijn soeben erließen, schließt: „Ich werde jetzt in die Kapkolonie eindringen, um den Landwirthen das zu ersetzen, was ihnen im Kriege zerstört worden ist.“ — Ein Telegramm der „Köln. Ztg.“ aus London giebt eine Uebersicht des Sonderberichterstatters der „Times“ über den gegenwärtigen Stand des südafrikanischen Krieges, aus der hervorzuheben ist, daß Dewet nunmehr im Bezirke Minneapolis stehe. Die Stärke seiner Kolonne wurde in den letzten Meldungen auf 2400 Mann mit zwei 15-Pfündern, einem Maxim- und einem Somper-Geschütz geschätzt.

Der portugiesisch-holländische Konflikt wegen des angeblichen Neutralitätsbruchs des holländischen Konsuls Pott in Lourenzo Marques ist beigelegt. Gewissermaßen als Hochzeitsgeschenk für die Königin Wilhelmina hat die portugiesische Regierung die Erlaubniß zur Rückkehr des holländischen Konsuls nach Lourenzo Marques ertheilt.

Die Pestsorgen nehmen noch immer zu. Bisher sind in Kapstadt nach offizieller Lesart 10 — nach privater 22 — pestverdächtige Erkrankungen gemeldet worden; erkrankt sind nach dem ersten Berichte ein Weißer und neun Eingeborene. Es sind energische Maßnahmen getroffen, um den Krankheitsherd abzugrenzen. Ratten und Mäuse werden vertilgt.

China.

Vom Chinawirrwarr. Aus Peking meldet der „Lok.-Anz.“: Die Gesandten werden am Dienstag (heute) wieder eine Sitzung abhalten, aber ohne Zuziehung der chinesischen Bevollmächtigten. Es habe sich nämlich herausgestellt, daß bei den mündlichen Verhandlungen die Chinesen durch fortgesetzte Gegenvorschläge und Einwendungen die Beschlußfassung verzögerten. Man werde daher fortan, wenn irgend möglich, schriftlich mit ihnen verhandeln und die ihnen gemachten Vorschläge als unabänderlich bezeichnen. — Wie Reuters Bureau aus Peking meldet, erklärte Li-Hung-Tschang, der also noch nicht todt ist, zwischen dem Kaiser Kuangsü und der Kaiserin Tsuhsi herrsche jetzt größere Eintracht als je zuvor. Die Kaiserin gebe die Nothwendigkeit von Reformen in modernem Sinne zu. An den chinesischen Hof telegraphirte Li-Hung-Tschang, die Weigerung des Hofes, den über die Würdenträger verhängten Todesurtheilen zuzustimmen, sei von höchster Gefahr für die Dynastie selbst.

Waldersee, der berühmte Weltmarschall, ist unermüdlich in der Abhaltung von Paraden. Nach dem „Standard“ hat am Sonnabend in Tientsin eine glanzvolle Besichtigung der deutschen Garnison stattgefunden. Graf Waldersee wird demnächst auch die vierte englische Brigade besichtigen und dann in Schanhaikwan einen Besuch abstatten.

Gemäß Anordnung der französischen Regierung werden dieser Tage die vom General Frey nach Frankreich gesandten Beutestücke aus China von Marseille nach Toulon gebracht, um mit einem Transportschiff nach Ostasien zurücktransportirt zu werden. — Wie aus Wilhelmshaven gemeldet wird, sind mit dem letzten deutschen Chinatransport über 200 chinesische bronzene Vorderlader und Wallbüchsen hier angekommen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 12. Februar 1901.

Wo bleibt der Achtuhrladenschluß in Lübeck?

Die „Eisenbahn-Zeitung“ schreibt: „Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ist dem Lübecker Bürger **längst** beschieden.“ Nach plumper Demagogenart wird aber verschwiegen, daß der Bürgerbrief **28 Mk.** kostet!

Zur Bürgerschaftswahl. Daß es nur dann möglich sein wird, frische Kräfte in unser Landesparlament zu entsenden, wenn es gelingt, neue Bürger zu schaffen aus den Reihen der Steuerzahler, erhellt schon daraus, daß seit dem Juni 1899 nur rund 320 Personen, darunter recht viele Beamte und Landwirthe, das Bürgerrecht erworben haben. Die Zusammensetzung der Wählerschaft wird dadurch kaum wesentlich geändert. Wollen also diejenigen Kreise der Bevölkerung, welche durch die Käuflichkeit des Bürgerrechts bisher von der Einwirkung auf unser Staatsleben vollkommen ausgeschlossen waren, Wandel schaffen, dann ergiebt sich einfach die Nothwendigkeit, daß Jeder, welcher das Geld irgend aufzubringen in der Lage ist, das Bürgerrecht erwerben muß. Andernfalls bleibt der alte Zustand, daß eine bestimmte Klique mit bestimmten Interessen Alleinherrscherin in der Gesetzgebung ist. Die 16 Neubürger, welche durchschnittlich monatlich hinzutreten, gehören nämlich auch noch zu circa 60 Proz. den „vaterstädtischen“ Kreisen an.

Das Arbeitersekretariat

Johannisstr. 46

ist geöffnet an Wochentagen von 12 bis 2 Uhr und von 6 bis 7½ Uhr, an Sonntagen von 11 bis 1 Uhr.

Gegen den Brodwucher und die Lebensmittelzölle! In der Hamburger Bürgerschaft ist ein von Mitgliedern aller drei Fraktionen unterzeichneter Antrag folgenden Wortlauts eingebracht worden: „In Anbetracht, daß die Zölle auf unentbehrliche Lebensmittel, welche die weniger bemittelten Bevölkerungsklassen am schwersten treffen, in Deutschland bereits jetzt sehr hoch sind und bei Brodgetreide etwa ein Viertel des Werthes ausmachen. In Anbetracht, daß jede weitere Erhöhung dieser Zölle den Absatz der Erzeugnisse des deutschen Gewerbefleißes im Inlande durch die Verringerung der Konsumfähigkeit, im Auslande durch die Erschwerung des Abschlusses günstiger Handelsverträge beeinträchtigen, und damit die Arbeitsgelegenheit vermindern müßte. In Anbetracht, daß ein derartiges Vorgehen mit der weitblickenden, auf die Förderung des Wohles der arbeitenden Klassen gerichteten Gesetzgebung des deutschen Reiches im Widerspruch stehen und zur Verschärfung der sozialen Kämpfe führen würde, richtet die Bürgerschaft an den Senat das Ersuchen, mit allem Nachdrucke jeder Erhöhung der Zölle auf nothwendige Lebensmittel entgegenzuwirken.“

Aus dem Gewerkschaftsleben. Der Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen zählte am Schlusse des 3. Quartals 1900 insgesammt 30 708 Mitglieder, davon 2882 weibliche.

Sammellisten des Deutschen Hilfskomitee's für Ostasien sind auch an den hiesigen Arbeiter-Radfahrerverein gelangt. In der Begleitschrift heißt es: „Bei dem warmen Anklang, den unsere patriotische Sache im ganzen deutschen Volke gefunden hat,

erhoffen wir, daß dieselbe auch Ihre gütige Unterstützung finden wird." Ein auffälliger Irrthum in der Adressirung!

Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: Morgen hat Elsbeth Parwitz ihren Ehrenabend. Zur Aufführung gelangt das Versluftspiel „Renaissance" von Schönthan und Koppel-Ellfeld. Die Hauptrollen sind mit den Herren Ludwig, Seidler, Sartory, den Damen Gabrieli, Parwitz und Stetten besetzt. Donnerstag wird zum ersten Male in dieser Spielzeit die Spieloper „Das Glöckchen des Eremiten" gegeben. Die Rose Friquet singt Alice Nova, den Belamy Wilhelm Kruse. Für Freitag ist es der Direktion gelungen, Willi Birrenkoven vom Stadttheater in Hamburg, der bei seinem letzten Auftreten hier so großen Erfolg hatte, wieder zu einem Gastspiel zu gewinnen. Aus diesem Anlasse wird „Lohengrin" zum fünften und letzten Male aufgeführt.

Den Offenbarungseid leisteten vor dem hiesigen Amtsgerichte im Januar 13 Personen.

* **Kleine amtliche Nachrichten.** In das Handelsregister ist am 11. d. Mts. eingetragen bei der Firma „Butterhandlung zum Stern. Inhaber Gustav Briedt." Die Firma ist erloschen. — Im Schattiner Zuschlag sollen am Donnerstag, den 14. Februar d. Js., Vormittags 10½ Uhr, an die Meistbietenden an Ort und Stelle, und zwar in der Nähe der Holzvogtwohnung, verkauft werden: ca. 100 Rm. div. Weichholz-Knüppel, ca. 100 Haufen div. Weichholz-Busch. — Die Abfuhr von Kehricht und Unrath aus den drei Vorstädten für die Zeit vom 1. April d. Js. bis Ende März 1904 soll in einzelnen Revieren am Donnerstag, den 14. d. Mts., Nachmittags 5 Uhr im Sitzungszimmer des Polizeiamtes öffentlich vergeben werden.

Eine niedliche Geschichte hat sich, wie wir der „Frkf. Ztg." entnehmen, auf Grund des neuen bürgerlichen Rechts vor den Hamburger Gerichten abgespielt. Im vergangenen Sommer entflog ein Papagei seinem Käfig und hielt sich mehrere Tage, seine Freiheit genießend, auf den Bäumen eines Gartens auf. Endlich erbarmte sich ein Anwohner des hungernden Thieres, lockte es durch Füttern an sich und brachte es in einem Käfig unter. Um aber nicht in den Verdacht der Unterschlagung zu kommen, ließ er durch eine Zeitungs-Annonce der Welt mittheilen, daß ihm ein Papagei zugeflogen sei und daß der Eigenthümer ihn gegen Erstattung der Futterkosten in Empfang nehmen könnte. Das las die hohe Polizei und flugs forderte sie auf Grund von § 967 des Bürgerl. Ges.-Buchs die Herausgabe des „gefundenen" Papageien. Da der Besitzer des Thieres die Herausgabe weigerte, kam es zu einem Zivilprozeß, und das Amtsgericht gab der Klage auf Herausgabe des Papagei statt. Das Landgericht wies indessen die Klage ab, indem es ausführte, daß es sich hier gar nicht um eine „verlorene", sondern um eine „herrenlose" Sache handle. Der Papagei sei nämlich im Sinne des bürgerlichen Rechts ein wildes Thier, das durch Wiedererlangung seiner Freiheit herrenlos geworden sei. An herrenlosen Sachen stehe aber der Polizeibehörde kein stärkeres Recht zu, als jedem Menschen.

Selmsdorf. Seinen Verletzungen erlegen ist der vor einigen Tagen beim Holzfällen verunglückte hiesige Arbeiter Stegemann. Er hinterläßt eine Frau und drei unmündige Kinder.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Der Jahresbericht der Zahlstelle Dassow des Maurer-Verbandes klagt über Mißstände auf Bauten und unwürdige Quartiere bei Ueberlandarbeiten. — In Itzehoe wurden nach einem Referate von Möller-Hamburg eine Zahlstelle des Zentralverbandes der Schlachter gegründet, welcher sofort 20 Kollegen beitraten. Bravo! — Die Mitgliederzahl des Arbeitervereins in Flensburg ging im verflossenen Jahre von 638 auf 527 zurück. So etwas dürfte in einer aufblühenden Stadt mit so alter Parteibewegung doch eigentlich nicht vorkommen! Ebenda dauert nach resultatlos verlaufenen Verhandlungen der Streik der Schiffszimmerer unverändert fort. — Die Vereinsbäckerei in Gaarden hatte im vorigen Jahre bei einem Umsatz von 267 627 Mk. einen Reingewinn von 10 859 Mk und bringt eine Dividende von 10 Proz. zur Vertheilung. Sie beschäftigt 19 Bäcker, 3 Hausarbeiter, 1 Arbeiterin, 4 Kutscher, 2 Vorstandsmitglieder. Die Bäcker haben bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 48 Stunden einen Lohn von 24 Mk. Die neuerrichtete große Bäckerei wird in der nächsten Zeit bezogen werden. — Der sozialdemokratische Verein für Wilhelmsburg hatte im Vorjahre bei einem Mitgliederbestand von 860 Personen (1899: 829) eine Einnahme von 3137,78 Mk. — In Wismar haben laut „Meckl. Ztg." die Maurer- und Zimmermeister beschlossen, den Gesellen vom 1. April ab bei 10½stündiger Arbeitszeit 3 Mk. 80 Pf. pro Tag zu zahlen, pro Stunde 36 Pf (40 Pf. waren gefordert), den Arbeitsleuten 2 Mk. 80 Pf. pro Tag, pro Stunde 26 Pf. (35 Pf. waren gefordert), auf Weiteres sich aber nicht einzulassen. Als Grenzen für den Beginn der Landarbeit sollen die von der Baupolizei vorgesehenen beibehalten werden. Das sieht einer offenen Kriegserklärung gleich.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Die Strafkammer in Kiel verurtheilte den Arbeiter Sieck aus Sieversdorf zu 1 Jahr 6 Monaten, den Dienstknecht Kirchmann aus Rüchel zu 9 Monaten Gefängniß wegen Wilderns. Sie haben Schafe des Schäfereibesitzers Kind geschossen und einen Arbeiter, welcher sie ertappte, bedroht. — In Itzehoe ist ein Postsekretär, anscheinend nach Verübung von Amtsunterschlagungen, verschwunden — In Kiel entstand am Sonntag Abend auf dem kl. Kuhberg zwischen Matrosen des russischen Schnellkreuzers „Askold" und Matrosen des deutschen Linienschiffs „Kaiser Wilhelm II." eine Schlägerei, bei welcher die deutschen Matrosen Thomas und Fidecks I durch Messerstiche lebensgefährlich, Fidecks II leicht verletzt worden. Es ist wenig Hoffnung vorhanden, die Schwerverwundeten am Leben zu erhalten. — Die Strafkammer III in Hamburg verurtheilte einen früheren Bureauvorsteher der Stadtwasserkunst wegen Unterschlagung von reichlich 3000 Mark zu 1 Jahr Gefängniß. Mildernd kam in Anrechnung, daß alles Geld ersetzt worden ist. — Die Alster hat in Hamburg gestern eine ganze Anzahl Menschenleben gefordert. Gegen 3 Uhr brachen an der Lombardsbrücke zwei schlittschuhlaufende Knaben ein. Der eine verschwand, ehe Hülfe gebracht werden konnte, unter dem Eise, der andere konnte mit großer Mühe gerettet werden. Kaum zwei Stunden später brachen auf der Binnenalster gegenüber dem Alsterthor schon wieder 3 Knaben ein, zwei fanden in den kalten Fluthen den Tod; der dritte konnte durch Angestellte der Alsterdampfschiffe, die in der Nähe der Unglücksstätte mit dem Aufschlagen des Eises beschäftigt waren, gerettet werden. Nach einigem Suchen gelang es den Leuten, die Leiche eines der ertrunkenen Kinder, des 13jährigen Alwin Anderson, dessen Eltern Valentinskamp Nr. 99 wohnen, mittels eines Hakens zu bergen. Alle Versuche, die Leiche des anderen Kindes zu finden, waren bisher vergeblich. Ein Dienstmädchen, welches das Eis der Außenalster betrat, ist ebenfalls ertrunken. — Zu dem Morde in Bremen ist noch zu berichten, daß der Jutearbeiter Simici den ihm verfeindeten Kollegen Julius Prucnat erschoß, weil dieser durch eine Denunziation seinen Gegner aus der Arbeit gebracht hatte.

Aus Nah und Fern.

Folgen der Leutenoth. Der Arbeitermangel in der Landwirthschaft führt zu betriebstechnischen Fortschritten, soweit durch sie eine Ersparniß von menschlichen Arbeitskräften in Betracht kommt. Vielfach giebt er sogar den Anstoß zur Einführung der elektrischen Kraft in den Gutsbetrieb. Noch mehr trägt die Leutenoth zur erhöhten Verwendung von Maschinen zum Säen, Ernten und Dreschen bei. In allerjüngster Zeit ist wieder eine neue Vorrichtung auf den Markt gekommen, die eine beträchtliche Befreiung des Landwirthes von der Handarbeit ermöglicht. Bei der Drescharbeit mittelst der Maschine war es bisher noch immer nothwendig, daß der Arbeiter mit langer Forke die Garben auf den Tisch der Dreschmaschine hochheben und sachgemäß in die Dreschtrommel einlegen mußte. Diese beiden schwierigen Operationen können nunmehr maschinell besorgt werden, da es dem Deutsch-Russen Iwan Gowler gelungen ist, einen Ferneinleger zu konstruiren, der an einer Dreschmaschine angebracht die losen Garben in den Trichter der Einlegeröffnung befördert, wo sie automatisch richtig gedreht, eingelegt und der Dreschtrommel zugeführt werden. Der Ferneinleger ist in Deutschland patentirt worden und hat auf der landwirthschaftlichen Ausstellung in Riga über alles Erwarten gut funktionirt. Mit Rücksicht auf die Leutenoth wird die Neuerung sehr bald rasche Verbreitung finden.

Sternschanz-Viehmarkt

Hamburg, 11. Februar.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 390 Stück, davon vom Norden 99, vom Süden 191 Stück. Preise: Sengschweine — Mk. Fettschweine Doppel- 55—56 Mk., leichte 55—56 Mk., Sauen 49—52 Mk. Ferkel 51—53 Mk. pro 100 Pfd.

Die Geburt einer **Tochter** zeigen an
Heinrich Wulf und Frau,
geb. Schütt.
Lübeck, den 9. Februar 1901.

Todes-Anzeige.

Hiermit die traurige Nachricht, daß unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter
Catharine Hümöller Ww.
geb. Lege
gestern Mittag 1½ Uhr sanft entschlafen ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Donnerstag Mittag 11 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Sonntag Nacht 2 Uhr entschlief sanft nach schweren Kämpfen unsere geliebte Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter
Katharina Schwarz Ww., geb. Rosenberg
in ihrem 87. Lebensjahre. Tief betrauert von ihren Kindern und Schwiegerkindern, Enkeln und Urenkeln, schmerzlich vermißt von ihrer Tochter **Luise** und Schwiegersohn **Johs. Bergeest.**
Die Beerdigung findet Mittwoch Nachmittag 2 Uhr vom Sterbehause, Adlerstraße 41, aus statt.
Lübeck, den 10. Februar 1901.

Abermals traf uns der harte Schlag, auch unsern lieben **Willy** im Alter von 3 Jahren plötzlich und unerwartet durch den Tod zu verlieren.
J. Vogelsang und Frau nebst Verwandten.

Zum 1. April eine Wohnung
auch passend für Grünwaarenhandel 2c.
Loft 20.

Zu vermiethen zum Sonntag **ein eleganter flotter seidener Damen-Maskenanzug**
Hundestraße 43-1.

Ein eleganter Masken-Anzug
ist zu vermiethen Engelsgrube 32 10.

Masken-Anzüge zu vermiethen
Hartengrube 17, 2. Et., rechts.

Suche zu Ostern einen Lehrling
Wilh. Nehls, Glasermstr., Fackenb. Allee 51.

Fahrrad neu, Umstände halber billig zu verkaufen
Ratzeburger Allee 25b, 1. Et.

Ein Sopha, vier Polsterstühle
mit Kratzhaar preiswürdig zu verkaufen
Teichstraße 3a.

Für Brautleute.
1 grad'lehniges Sopha und 4 Stühle, reell, 10 Jahre Garantie
Heinstraße 73, part.

Eine Schneiderin empfiehlt sich
zum Anfertigen von Garderoben
Frl Winkelmann, Innere-Strich, altes Schulhaus.

Alten Tilsiter Bruchkäse
Pfd. 20, 30, 40 Pfg.
Große Barthien hiesige Mettwurst
Pfd. 60, 70, 80 Pfg.
Obere Wickedestraße 10. **Hans Wegener.**

Die Restbestände meines alten Lagers verkaufe ich nunmehr in meinem heute beginnenden
Inventur-Ausverkauf
zu weiter herabgesetzten Preisen. Außerdem gebe ich die neu eingetroffene Waare, um großen und flotten Umsatz zu erzielen, mit allerbescheidenstem Nutzen ab.
Lübeck, den 4. Februar 1901.
Georg Bergmann.
Ausverkaufsschluß den 28. Februar.
Preise netto gegen Baarzahlung.

Max Kegel's Socialdemokratisches Liederbuch.
Preis 40 Pfg. Preis 40 Pfg.
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.

Papier-Schulutensilien und Schreibwaaren-Handlung
August Burmester, Fackenb. Allee 54

Ia. gelbe Brech-Erbsen
Ia. grüne Brech-Erbsen
Ia. weisse Bohnen
empfiehlt
T. Buhrmann.

Friedr. Paetau, Mühlenstraße 27.
f. Brodwurst, Grützwurst, Kohlwurst, pr. Rippen.

Für den Winterbedarf
Brennholz, Kohlenenden.
Th. Kruse, Unterstraße 60.

Leere Farbetonnen
hat abzugeben
Friedr. Meyer & Co.

Möbel-Fabrik Hintze & Steoh, Lübeck.
Empfehlen:
Polstermöbel, fournirte u. lackirte Möbel, Spiegel, Stühle, Matratzen 2c.
Directer Verkauf an Private in der Fabrik
Moislinger Allee 60.

Feinsten Natur-Honig
per Pfd. 70 Pfg.
empfiehlt
T. Buhrmann.

Gebr. Caffees
aus der Caffeerösterei von
L. Roeper
in den Preislagen von
80 Pfg. bis 1,60 Mk.
per Pfd.
sind zu haben bei
Reinh. Büsen
Arnimstraße 1a.

Frisches Kopffleisch
und
Brodwurst
auch **Bratenschmalz**
à Pfd. 40 Pfg.
empfiehlt **Aug. Scheere**
Thüringer Wurstfabrik.

Spar-Club „So bi lütten".
Versammlung
am Mittwoch den 13. d. Mts.
Abends 8½ Uhr
Hüxstrasse 94.
Mitglieder werden aufgenommen.

Circus Variété.
Der Humor hat gesiegt!
Beispielloser Erfolg
aller humoristischen Specialitäten.
Diese Woche:
Auftreten von Heinr. Kalnberg mit seinen neuen Vorträgen.
Jeden Abend:
Im Harem.
Faschingsscherz, dargestellt vom gesammten Künstlerpersonal.
Anfang des Concerts 7½ Uhr.
Billet bis 6 Uhr im Vorverkauf ermäß.
Des colossalen Erfolges wegen verbleibt dieser Carnevals-Spielplan bis Sonntag den 17. Februar inclusive.
Donnerstag den 14. Februar.
Einmalige große carneval. Sitzung.
Narrenabend.

Stadt-Theater
Mittwoch den 13. Februar
(134) 105. Abonn.-Vorst. 14. Mittwochs-Abonn.
Ehrenabend Elsbeth Parwitz.
Renaissance.
Donnerstag den 14. Februar.
Das Glöckchen des Eremiten.
Freitag den 15. Februar.
Gastspiel Willi Birrenkoven.
Lohengrin.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 37. Mittwoch, den 13. Februar 1901. 8. Jahrgang.

Die Industrialisirung der Landwirthschaft.

I.

In der wissenschaftlichen Revue „Neue Zeit“ bespricht unser vornehmster Theoretiker Genosse Kautsky die riesigen Umwälzungen, welche die Elektrizität in der Landwirthschaft hervorbringt und kommt damit auch auf die Beschleunigung eines anderen Prozesses durch die Elektrizität zu sprechen, der bisher schon die moderne landwirthschaftliche Entwicklung überall auszeichnete: die Industrialisirung der Landwirthschaft.

Diese geht — so führt er aus — in zwei Formen vor sich. Auf der einen Seite wird eines der bisherigen Arbeitsgebiete des Landwirths nach dem anderen diesem entzogen und in eine besondere industrielle Thätigkeit umgewandelt. So ging es zuerst mit der Hausindustrie des Bauern für seinen Selbstgebrauch, dann mit der Verarbeitung der von ihm gewonnenen Rohprodukte. Butter und Käse werden nicht mehr auf dem Hofe des Bauern fabrizirt, seine Milch wandert vielmehr in die Molkerei. Sein Wein wird nicht mehr in seinem Keller, sondern in dem des Weinhändlers trinkreif u. s. w.

Die Entwicklung des Maschinenwesens hat nun begonnen, selbst einzelne Thätigkeiten bei der Produktion der Rohprodukte dem Landwirth, namentlich dem kleinen, abzunehmen. Früher drosch dieser sein Getreide selbst und dies war eine seiner wichtigsten Arbeiten während des Winters. Jetzt besorgt diese Arbeit für ihn die Dreschmaschine, oft eine Dampfdreschmaschine, die nicht dem Landwirth gehört, und deren Besitzer mit ihr von Hof zu Hof zieht und den einzelnen Bauern ihr Getreide drischt.

Wo eine elektrische Zentrale den einzelnen Landwirthen die motorische Kraft liefert, da kommt es von selbst dazu, daß sie für diese auch das Pflügen besorgt.

Die Kölner Elektrizitätsgesellschaft Helios, die den Bau einer elektrischen Zentralstation zur Abgabe von elektrischer Kraft für die Landwirthschaft im Kreise Samter in die Hand genommen hat, verpflichtet sich, wie der ostpreußische Rittergutsbesitzer Mack berichtet, in ihren Kontraktformularen, den Abnehmern elektrischer Kraft „den Hektar mit eigenen Pflugapparaten bei einer Tiefe von 31 bis 35 Zentimeter für 20 Mk, von 26 bis 30 Zentimeter für 18 Mk. und darunter für 16 Mk. pflügen zu lassen. . . . Nach einer Notiz in der „Elektr. Zeitschrift“ vom 15. Oktober sollen bereits 67 000 Morgen zum Pflügen gezeichnet sein, wozu 40 elektrische Pflüge nöthig sind. Die ganze Anlage soll 5⅓ Millionen kosten und die Bauzeit 24 Monate dauern.“

Wenn die Elektrizitätsgesellschaft den Landwirthen ihre Aecker mit eigenen Pflügen pflügt, wird sie ihnen wohl auch ihr Getreide mit eigenen Dreschmaschinen dreschen, es vielleicht auch mit eigenen Mähmaschinen mähen, auf eigenen Feldbahnen einführen und verfrachten.

So wird die eigentliche Ackerbauarbeit immer mehr von der großen, kapitalistischen Elektrizitätsgesellschaft besorgt und der Landwirth immer mehr bloßer Grundbesitzer werden; die Grenzen seines Besitzes aber werden kaum noch einen anderen Zweck haben als den, hier und da einer rationellen Feldbestellung im Wege zu stehen.

Es fehlt dann nur, daß die Elektrizitätsgesellschaft auch noch die Herstellung des Futters für das Vieh und dessen Melkung mit eigenen Maschinen übernimmt, und die Uebertragung der wesentlichsten Funktionen des Landwirths an den industriellen Großbetrieb ist vollzogen. Es thut wenig zur Sache, ob dabei das Territorium, das der einzelne Landwirth beherrscht, sich vergrößert oder verkleinert — bisher das einzige Kriterium der Zu- oder Abnahme des ländlichen Groß- und Kleinbetriebs, das unsere Verehrer der Bauernwirthschaft kennen.

Die zweite Act der Industrialisirung der Landwirthschaft geht in der Weise vor sich, daß der Landwirth mit seinem landwirthschaftlichen Betrieb einen industriellen oder umgekehrt ein Industrieller mit seinem Unternehmen einen landwirthschaftlichen Betrieb verbindet, theils um die von ihm produzirten Rohstoffe selbst zu verarbeiten oder um die ihm zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte, die er während der Ruhezeit der Landwirthschaft für diese nicht verwenden kann, anderswo zu verwerthen. Das zweite Moment wird auch für die landwirthschaftliche Elektrizitätswerke ein Antrieb werden, neben den landwirthschaftlichen Betrieben industrielle erstehen zu lassen.

„Die Rentabilität einer elektrischen Zentrale“, sagt Mack, „hängt vor Allem an einer gleichmäßigen Abnahme der abgebbaren Kraft ab, und dafür bietet allerdings die Landwirthschaft allein keine Garantie. Die Zeit, in welcher die größte Kraft seitens der landwirthschaftlichen Betriebe gebraucht wird, ist eine verhältnißmäßig kurze; das ist die Zeit des Pflügens und Dreschens, welches in vier bis fünf Monaten bewältigt werden kann. In der übrigen Zeit wird vielleicht nur der dritte oder vierte Theil der Kraft zu Beleuchtungszwecken und kleinen wirthschaftlichen Dynamos gebraucht werden. Wenn in dieser Zeit, wie in den Nächten, ein so theures Kapital unverzinst bleiben sollte, würde die abgebbare Kraft zu theuer und das Unternehmen unrentabel werden; daher kann die Landwirthschaft nur dann auf eine billige Unterstützung der elektrischen Arbeit rechnen, wenn sie mit der Industrie Hand in Hand geht, und zwar mit solchen Industrien, die einen variablen Kraftverbrauch vertragen, und die auch ohne Schaden für ihre Rentabilität zeitweise eingestellt werden können. Dazu würden sich vorwiegend die elektrochemischen und elektrolytischen Fabrikationen, wie Herstellung von Calcium-Carbid, Chlorkalk, kaustisches Natron, kaustisches Kali, Pottasche, Natrium, Magnesium, Oxalsäure, ferner Aluminiumgewinnung und neuerdings auch elektrolytische Verhüttung von Kupfer- und Eisenerzen. Alle diese Betriebe ließen sich gut mit dem Landwirthschaftsbetrieb im Verein von einer elektrischen Zentrale aus derart mit Kraft bespeisen, daß die Vollarbeit der ersteren in der Zeit des Pflügens und Dreschens ruht resp. eingeschränkt wird. Von einem derartigen Zusammenschluß hat man zwar noch nichts gehört; trotzdem wird die Möglichkeit von allen Sachverständigen zugegeben.“

An anderer Stelle weist Mack auf Zuckerfabriken und auf elektrische Schleppschifffahrt als Unternehmungen hin, deren Anlagen vortheilhaft zur Abgabe von Kraft an landwirthschaftliche Betriebe benützt werden könnten. Daß die Technik noch andere Kombinationen von Industrie respektive Verkehrswesen und Landwirthschaft ermöglichen wird, wenn sie sich einmal mit der Sache ernsthaft beschäftigt, unterliegt keinem Zweifel.

Drängt aber die Einführung der Elektrizität in die Landwirthschaft dahin, diese mit einer Industrie in der Art zu verbinden, daß dadurch eine stetige profitable Abgabe des gleichen Kraftquantums ermöglicht wird, so bedeutet das auch die Herbeiführung einer einigermaßen gleichmäßigen Beschäftigung der landwirthschaftlichen Arbeiter. Gerade die erste Art der Industrialisirung der Landwirthschaft, die Verwandlung einzelner ihrer Thätigkeiten in die besonderer Industriezweige, hat sehr dazu beigetragen, die Beschäftigung des Landarbeiters zu einer höchst unregelmäßigen zu machen, namentlich während der Wintermonate wurden sie in der Mehrzahl durch den Wegfall der primitiven Hausindustrie, des Dreschens mit dem Dreschflegel 2c. völlig überflüssig. Die zweite Art der Industrialisirung verschafft ihnen wieder Beschäftigung während der Ruhezeit für die Landwirthschaft. Indem die Einführung der Elektrizität in die Landwirthschaft diese Art der Industrialisirung fördert, wirkt sie der Landflucht entgegen, vermehrt sie die Zahl der Arbeitskräfte, die dem landwirthschaftlichen Unternehmer zur Verfügung stehen. Anderseits erleichtert sie, wie schon bemerkt, die Anwendung der Maschinen. Sie kann so den Bedarf des Landwirths an Arbeitern verringern, während sie ihm zugleich mehr Arbeiter zur Verfügung stellt.

Dadurch muß sie der Leutenoth entgegenwirken, was wieder zum Vortheil des Großbetriebes ausschlägt, der durch nichts mehr eingeengt wird als durch den Mangel an Lohnarbeitern.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Ueber Streiks in Frankreich wird aus Paris gemeldet: Die Pariser Damenschneider sind, wie bereits mitgetheilt, in den Streik eingetreten. Ihre Forderungen sind die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit bei 10 Frcs. Lohn pro Tag. Der hohe Lohn rechtfertigt sich vollkommen einmal aus den Pariser Verhältnissen, dann aber muß in Betracht gezogen werden, daß diese Schneider die elegantesten Damenkostüme anfertigen, für die ganz enorm hohe Preise erzielt werden. Eines der bekanntesten Häuser hat bereits bewilligt. Die Seidenweber in Hazebrouck, Nordderpartement, haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die Ausstände der Bergarbeiter in Monceau und Saint Eloy und der Streik der Bäcker in Castres dauern fort. Ferner droht ein Weberstreik in Reims und in Saint Etienne ein Metallarbeiterstreik.

Herr im Hause. Auf der Glashütte in Gerresheim in der Rheinprovinz sind 30 Arbeiter entlassen worden. Die Direktion macht bekannt, daß sie eine Wanne habe ausgehen lassen müssen. Sämmtliche nach dem 1. Oktober 1899 eingestellten Arbeiter müßten deshalb zum Bedauern der Direktion entlassen werden. Seltsamerweise befindet sich unter den Entlassenen der — gesammte Vorstand des Glasarbeiterverbandes.

Kellnerelend. Infolge Einstellung aller Festlichkeiten wegen des Todes der Königin sind im Westend von London, dem „B. T.“ zufolge, 3000 Kellner, darunter viele Deutsche, außer Stellung.

Zum Streite der Buchdrucker mit der „Leipz. Volksztg.“ Die Leipziger Buchdrucker lehnten in ihrer Versammlung am Freitag den Vermittelungsvorschlag des Parteivorstandes einstimmig ab und beschlossen, die Sperre über die Druckerei der „Leipz. Volksztg.“ zu verhängen.

Die Sozialdemokratie in den sächsischen Gemeindevertretungen. Nach der „Kommunalen Praxis“ wurden im Jahre 1898 bei den Gemeinderathswahlen im Königreich Sachsen an 90 Orten 130 sozialdemokratische Vertreter gewählt. Im vorigen Jahre dagegen gingen in 145 Orten 279 Genossen als Gemeinderaths-Mitglieder aus den Wahlen hervor. Zur Zeit zählt Sachsen im Ganzen 550 Sozialdemokraten in den Gemeindevertretungen.

Eduard Bernstein. Aus der Verbannung von zwei Jahrzehnten ist Eduard Bernstein nach Deutschland, nach Berlin heimgekehrt. Er sieht die Heimath wieder, in der er in den 70er Jahren als Jüngling Sozialdemokrat wurde und die ersten Dienste der Partei leistete, aus der er hinauszog, um zunächst in der Schweiz, sodann, von dort vertrieben, in London als Redakteur des „Sozialdemokrat“ einer der Führer der Partei durch ihre schwersten Zeiten zu sein. Der „Vorw.“ begrüßt den aus dem Exil Heimgekehrten warm.

Parteibewegung in Rußland. Aus Warschau wird der konservativen „Schlesischen Zeitung“ von einem gelegentlichen Korrespondenten geschrieben: „Wie ich von gut unterrichteter Seite erfahre, nimmt die Zahl der Sozialdemokraten in Rußland und speziell in den Industrie treibenden Gebieten Russisch-Polens infolge der umfassenden Parteiorganisation und der rührigen agitatorischen Thätigkeit der Parteigenossen trotz der strengen Unterdrückungsmaßregeln

Frauenloos.

Roman von E. Bely.

10. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Hm!“ sagt der schöne Jäger, „ich habe mir allerhand denken müssen, als ich das da unten sah und so gut aufgenommen wurde. Hab's Ihnen ja erzählt — und dann vergleichen müssen.“

Sie möchte ihm wehren und wagt es doch nicht; sie tritt die Maschine hastig, aber seine kräftige Stimme dringt über das Geräusch hin.

„Ich habe mir gesagt, Frau Bessing, daß es Ihnen hier doch verflucht anders vorgekommen sein muß. Wahrhaftig! Und warum Ihre Eltern eigentlich — hier sind die Verhältnisse so kleinlich, so ganz anders.“

Sie läßt die Arbeit ruhen und faltet die Hände und blickt ihn angstvoll an. „Sie haben doch den Eltern nicht angedeutet“ — ihre Lippen zittern vor Erregung. „Ich bitte Sie, Herr Bick — ich —“

Er biegt sich näher herüber; sie dauert ihn in ihrer Sorge und es ist doch beinahe hübsch, sie so zu sehen, wie ein kleines, bebendes Schmalthierchen, das man aufs Korn genommen hat und das Gefahr wittert. Er hat wohlgepflegte große Hände und einen Siegelring auf dem Zeigefinger der Rechten, den dreht er erst ein paar Mal, ehe er antwortet, dann spitzt er die Lippen, als wolle er pfeifen.

„I bewahre. Das sind nur so meine eigenen Gedanken. Sie können ganz ruhig sein, Frauchen. Ich habe Takt. Wenn man bei Hofe umgeht, — ich bitte Sie, da ist Takt das erste und vornehmste Gebot. Da sieht man und ist doch blind; da hört man und ist doch taub. Da muß man allerlei Künste kennen. Vorerst die, gar nicht man selber zu sein. Verstehen Sie mich? und das geht so in Fleisch und Blut über. I bewahre — habe da unten nichts gesagt. Nur mein Theil gedacht.“

Sie thut einen Athemzug der Erleichterung. Er freut sich, daß er das gesagt hat, daß sie weiß, sie hat ihm für das Schweigen dankbar zu sein. Es ist eine Art von geheimem Band, das sie mit einander verbindet. Und dabei kommt ihm der Gedanke, was der Anton Bessing für ein Glück gemacht hat, gewiß hat sich die kleine Frau in den stolzen Schnurrbart verliebt. So etwas sticht den Frauenzimmern ja immer in die Augen — sonst kann er sich doch mit dem Sattler und Habenichts messen! Und dann lacht er; er kommt sich dumm vor. Der hat ihn doch nicht ausstechen können — sie sind ja gar nicht zusammen als Bewerber aufgetreten! Aber — jetzt gefällt sie ihm, die Hannoveranerin und er will doch sehen, ob er nicht mit dem Schnurrbart konkurriren kann. Glücklich ist die hier nicht, enttäuscht sicher, nach dem, was er wahrgenommen hat.

„Reisen Sie öfter nach Hannover?“ fragt Fine.

„Kann schon sein. Der Fürst ist viel in Berlin, im Herrenhaus. Und wenn er dort ist, geht er öfter hinüber — eine Kousine von ihm wohnt dort — Sie wissen, militärisch.“

„Ja, ja!“

„Nicht wahr, es ist eine hübsche Stadt?“ fragt sie mit einem Anflug von Lokalpatriotismus.

„Vornehm — sehr vornehm! Immer noch 'n bischen Hofton drüber. Ja, so was bleibt haften!“ giebt er zu.

Sie horcht einen Augenblick auf ein Geräusch in der Ferne — Männerschritte.

„Nein, das sind Straßenarbeiter!“ sagt Bick.

Sie senkt den Kopf, der kennt den Schritt ihres Mannes besser als sie. Aber sie ist in letzter Zeit so unruhig geworden, in sich — so ganz anders.

„Kommen Sie am Sonntag auf die Alm?“ frug der Förster. „Ein Jagdhaus heißt so; es ist ein Blockhaus. Dort ist Konzert.“

„Ich glaube nicht — Anton wird wohl hingehen, ich bleibe beim Kind.“

„Sie haben ja ein Mädchen,“ wirft er ein.

„Aber das beruhigt mich nicht.“

Sie bleibt um des Kindes willen, sie thäte es aber auch sonst nicht gern. Die wenigen Male, welche sie zu Lustbarkeiten gingen, haben sie immer enttäuscht, sie befangen gemacht. Sie hat sofort eingesehen, daß die besseren Bürgerfamilien nichts mit Anton und seiner Familie zu thun haben wollen. Es sind ganz minderwerthige Leute, mit denen die Bessings zusammen sitzen, welche sie begrüßen, oder sie sind allein. Dann ist ihr das laute Wesen der Eltern, das Lachen von Klärchen aufgefallen — junge Männer kommen wohl an den Tisch, Scherz mit ihr zu machen. Sie selber hat man mit Neugier betrachtet: die Beamten, die Kaufleute, was so an dem kleinen Ort eine Rolle spielt. Alles theilt sich in Altstein in Kreise ein. Klärchen spricht gern vom Kastengeist und daß sie gar nichts von den Altsteinern will — auch gar nichts.

„Eigentlich haben Sie wohl wenig Umgang, Frau Bessing?“ fragt Bick.

„Gar keinen!“

Und wie viel gute Bekannte und Freunde gingen in ihrem Elternhaus aus und ein, nahmen Theil an allen großen und kleinen Ereignissen. „Wir wollen nix von den Leut'n,“ pflegt ihre Schwiegermutter zu sagen, „uns schmeckt unser Essen allein. Und mein' Rezept, die geb' ich keinem — solche Hefenklöß, wie meine, kann der Hofkoch nich machen. Wahr ist's!“ Ja, es ist alles anders hier in dem schönen Rheinland, sie ist fremd — sehr fremd geblieben und fühlt, so wird's immer sein.

„Ei auch“, sagte Bick, „dann müssen Sie sich Hausfreunde anschaffen. Langweilen kann sich der Mensch doch nicht.“

Sie blickt ihn groß an, als verstehe sie ihn nicht.

„Sehn Sie — ich habe ja viel Dienst. Aber ab und zu doch 'ne Abendstunde frei und da würde ich schon mal mit Ihrem Manne eine Cigarre rauchen. Natürlich von meiner

der zuständigen russischen Behörden in besorgnißerregender Weise zu."

Schweizerische Arbeiterpresse. Die sozialdemokratische Partei des Kantons Tessin hat mit Beginn dieses Monats ein neues Wochenblatt unter dem Titel „L'Amora" gegründet. Das Blatt erscheint in Lugano.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz. Im Kanton Schaffhausen haben bei den jüngst stattgefundenen Kantonsraths- (Landtags-) Wahlen unsere Genossen zu den bis dahin innegehabten Sitzen noch einige weitere erobert, so daß sie nunmehr 10 von 31 Sitzen haben.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Wegen Körperverletzung im Amt wurden von der Strafkammer in Beuthen (Oberschlesien) die Amtssergeanten Leo Menzler und Peter Przysambor aus Domb zu vier und zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. — Am Mittwoch beginnt in Konitz der Meineidsprozeß gegen den Schlächter Moritz Levy; es sind etwa 60 Zeugen geladen. Es befinden sich darunter zahlreiche Gymnasiasten, Mitschüler und Freunde Winters, ferner die Kriminalinspektoren Braun und Klatt und Kriminalkommissar Wehn. Außerdem sind auch wieder die drei jungen Mädchen, mit welchen Winter viel verkehrt hatte, Anna Hoffmann, die Tochter des Schlächtermeisters Hoffmann, Meta Caspari und Selma Tuchler geladen worden. Die Anklage wird von dem kürzlich vom Kammergericht nach Konitz versetzten Ersten Staatsanwalt Schweigger vertreten werden. — In Eisleben wurden auf dem Ottoschacht durch Gerüsteinsturz vier Bergleute verschüttet. Einer war sofort todt, drei sind tödlich verletzt. — Der Arbeiter Ernst Pohlke, der am 23. November in ein Cigarrengeschäft in Essen eingebrochen und den Kommis Müller ermordet hatte, wurde vom Schwurgericht zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilt. — Der Schneidergehülfe Joseph Spar von Inchenhofen raubte in der Vorhalle des Hauptpostamtes in Augsburg am 24. Dezember dem Kaufmannslehrling Weil einen Geldsack mit 777,97 Mk. Spar wurde vom Schwurgericht zu sieben Jahren Zuchthaus verurtheilt. — Der Polizeikommissar Vernier in Antwerpen wurde von dem früheren Polizeiagenten v. Techelt erschossen. Der Mörder beging die That aus Rache, da er unlängst auf Verlangen des Kommissars seines Postens enthoben worden war. — In ganz Ober-Italien sind neuerdings heftige Schneestürme und Frost eingetreten. — Unter den Zöglingen der Staatsgewerbeschule in Lille brach Freitag eine Meuterei aus. Die jungen Leute verbarrikadirten sich in ihren Schlafsälen und zerstörten zahlreiche Einrichtungsgegenstände. Der Schuldirektor mußte zur Herstellung der Ruhe Gendarmerie herbeiholen lassen. — Der Naphtabrand in Baku stellt sich nach den jetzt vorliegenden ausführlichen Meldungen als eine ganz außerordentliche Katastrophe dar. Zwar ist der Brand, wie aus Baku gemeldet wird, endlich erloschen; aber es sind im Ganzen zehn Häuser und fünf Lagermagazine, mit 35 Millionen Pud Naphtha und Naphtareesten gefüllt, verbrannt. Der Schaden wird auf mehr als 6 Millionen Rubel geschätzt. Neun verkohlte Leichen sind gefunden worden; 160 Personen haben Brandwunden erlitten. Sechs von ihnen sind bereits gestorben, bei 41 sind die Brandwunden schwere. Man hat bereits mit der Aufräumung der Trümmerstätten begonnen, unter welchen viele Opfer der Katastrophe noch begraben sind. Auch eine Anzahl von Menschen, die dem Brande zuschauten, sind umgekommen; ihre Zahl ist noch unbestimmt, doch werden 100 vermißt. Die Kaspisch-Schwarzmeer-Gesellschaft hat ein Komitee eingesetzt, um die Verluste an Menschen und Eigenthum zu registriren und die Obdachlosen zu unterstützen. Für Letztere wird schleunige Hülfeleistung in die Wege geleitet. — In Kapstadt sind zwei Hafenarbeiter, ein weißer und ein schwarzer, an der Beulenpest erkrankt. Die Hafenbehörden bieten 25 Pfennig für jede geödbiete Ratte. — Das Dynamit, wovon in der Silbermine San Andrea bei Durango (Mexiko), wie schon kurz gemeldet, mehrere hundert Kisten in die Luft flogen, hat den ganzen Gipfel des Berges, der die Mine barg, in die Luft gesprengt, wobei 87 Personen das Leben verloren. Der Gesammtschaden, den die Explosion angerichtet hat, soll sich nach englischen Meldungen auf achtzig Millionen Mark beziffern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung hatte sich vor der Strafkammer zu Beuthen i. O.-S. der frühere Gedingeunternehmer Stanislaus Zabinski aus Roßberg zu verantworten. Die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführte Verhandlung endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängniß.

Auf Raub aus. Ein Mitarbeiter der „Leipz. Volkszeitung" hat Abschrift von einem Brief genommen, den ein Chinakrieger in Köln wohnenden Verwandten geschickt hat. Der Brief trägt den Poststempel: Peking 5. Dezember und enthält folgende Stellen: „. . . . Den 4. Oktober kamen wir nach Peking und zwar Mittags 1 Uhr waren wir vor der Pekingsmauer. Als wir hier angekommen waren, legten wir den Tornister ab und gingen auf Raub aus, konnten aber nichts finden, denn die Chinesen hatten alles fortgetragen und vergraben. Am 12. Oktober sind wir wieder von Peking abmarschiert, um einen Streifzug zu machen. Dieser Streifzug dauerte 4 Wochen, wir bloß 2 Ruhetage hatten. Wir wollten nähmlich eine reiche Stadt einnehmen, waren aber zu spät gekommen, denn die Franzosen sind von der anderen Seite gekommen und haben gesagt, daß wir noch von der anderen Seite kämen, da haben sich die Boxer dünn gemacht und die Stadt hat sich freiwillig ergeben. Den 21. Oktober sind wir von Pautingfu abmarschiert nach Itschu. Als wir hier ankamen, waren die Thore auch offen und wir sind mit Musik in die Stadt eingezogen. . . . . Wenn wir nachmittags ins Quartier kommen, ging es erst auf die Hühnerjagd. Wenn jeder zwei Stück hatte, dann gingen wir nach Eier aus, und so haben wir auf dem Marsch flott gelebt. Du schriebst mir, Du wolltest mir etwas schicken, was nicht nöthig ist, denn Essen haben wir genug und Geld auch. Ich hatte die ganze Zeit als 50 Dollar oder 100 Mk. in der Tasche. Mir hat aber die Zeit das Essen nicht geschmeckt und es war mir auch nicht gut, da habe ich immer Wein getrunken. Die Flasche Wein kostet 2 Doll. 20 Cent oder 5,10 Mk. . . . . Es gefällt mir hier in China ganz gut, wenn das Geld all ist, geht man in die erste Chinesenbude, haut den Chinesen das Fell voll und nimmt ihnen das Geld ab, wenn sich der Chinese wehrt, wird er ganz einfach abgemurkst." — Wie man sieht, faßt dieser Kulturbote die Chinafahrt als einen Raubzug auf, und es thäte ihm offenbar nicht wenig leid, wenn der Chinakrieg zu Ende ginge.

Die Leiden eines Genossen auf dem Lande spiegelt eine Verhandlung wieder, die dieser Tage vor dem Schöffengericht in Bitterfeld stattfand. Der Töpfer Illgen in Niemegk bei Bitterfeld hatte bei der Reichstagswahl Stimmzettel vertheilt und sich auch sonst für den sozialdemokratischen Kandidaten thätig gezeigt; daraufhin hat ihm der Gemeindevorstand des Ortes sagen lassen, er solle sich in Acht nehmen, sonst würde er aus der Arbeit fliegen. Später ist Illgen thatsächlich auch bei seinem Arbeitgeber denunzirt worden. Da sich Illgen auch sonst von dem Gemeindevorstand benachtheiligt glaubte, hat er dessen Verhalten scharf kritisirt. Der Gemeindevorstand fühlte sich beleidigt und es kam zum Prozeß gegen unseren Genossen. In der Verhandlung schilderte der angeklagte Genosse, wie es ihm ergangen sei: Der Gemeindevorstand Keller habe ihn mit den Worten bedroht, „er würde aus der Arbeit fliegen", und er habe sich somit einer ungesetzlichen Handlung schuldig gemacht. Damit sei es aber noch nicht genug gewesen, denn Herr Keller habe auch bis kurz vor dem Streit noch sich mißbilligender Reden über den Angeklagten seiner Frau gegenüber bedient. Ferner seien noch allerhand Schikanen gegen ihn inszenirt worden. So habe ihm der im Gerichtssaale anwesende Zeuge Helbig, nachdem die Denunziation erfolglos blieb, gesagt: „Sie kriegen wir überhaupt nur aus Niemegk heraus, wenn Sie keine Wohnung mehr kriegen." Darauf habe dann der ebenfalls anwesende Zeuge Naumann gesagt: „Nein, da kriegen wir ihn auch noch nicht heraus, der ist heimathsberechtigt, da kriegen wir ihn bloß ins Gemeindehaus", und als er dann fragte, was er denn begangen habe, das diese Herren zu derartigen Maßnahmen veranlaßte, sei ihm von Herrn Naumann erwidert worden, er wäre am Wahltage in Döbern gewesen und hätte sich nach dem Wahlergebniß erkundigt. Am 1. Januar sei ihm nun die Wohnung vom Wirth gekündigt worden mit den Worten: „Ich kann Sie nicht länger behalten, denn mir sagt man ins Gesicht, ich spiele mit Ihnen aus einer Karte; woher das kommt, werden Sie wohl wissen." Durch die fortwährenden Drohungen und Schikanen, denen er ausgesetzt gewesen, habe er sich in seiner Existenz bedroht gefühlt. Er habe niemand beleidigen wollen und bitte deshalb um seine Freisprechung. Der Gemeindevorstand mußte zugeben, die Drohungen ausgestoßen zu haben. Unser Genosse wird trotzdem zu 10 Mark Geldstrafe verurtheilt, weil er auch dur die Drohungen noch nicht berechtigt gewesen sei, Beleidigu gen auszusprechen, er hätte vielmehr sollen Beschwerde üb den Gemeindevorstand führen.

Was weimarische Pfarrer nicht dürfen. B Gelegenheit der letzten Landtagswahlen im Großherzogthu Sachsen-Weimar hielt auch der Pfarrer Naumann ein Vortrag. Am Schlusse erlaubte sich ein Landpfarrer, seine Beifall durch Klatschen zu äußern. Davon erhielt d Behörde Kenntniß und dem betreffenden Herrn wurde na Mittheilung der „Thüringer Rundschau" durch ein Schreibe zu wissen gethan, daß er sich in Zukunft von solcherle Beifallskundgebungen fernhalten solle Wonach sich zu richten!

Quittung.

Im Monat Januar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Altenburg S. A., v. d. Parteigenossen 200,—. Berlin Beiträge der Wahlkreise: 1. Kreis 100,—. 2. Kreis 750,— 3. Kreis 350,—. 4. Kr. Ost 1000,—. 4. Kr. Südost 1000,— 5. Kreis 100,—. 6. Kreis, Wedding und Oranienb. Vorstadt 400,—. 6. Kreis Schönhauser Vorstadt 900.—. 6 Kreis Moabit 122,08. 6. Kreis, Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen 100,—. Berlin, diverse Beiträge 920,38 Mk Bern 50,—. Bremen, B. C. 10,—. Bant-Wilhelmshaven Beitrag vom 4. Quartal 1900 152,—. Breslau, P. Sch 7. und 8. Quartal 6,—. Bamberg, „Solitarius" 5,— Crimmitschau, von den Parteigenossen 200,—. Chemnitz 16. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 150,—. Christiania, sozialistischer Klub „Vorwärts" 50,—. Charlottenburg, W. E. 5,—. Dresden, L. Sch. 1,—. Düsseldorf, B. Sch. 2,— Dresden, 4. sächsischer Kreis, sozialdem. Verein 100,— Darmstadt, Wahlkreis D.-Gr. 100,—. Döbeln, von den Parteigenossen 30,—. Ebersbach i. S. ein Gemaßregelter —,50. Erfurt, Wahlkreis Erfurt-Schl.-Ziegenrück 25,— Falkenberg (Obersch.) 2,—. Flensburg, durch F. M. 50,— Greiz, Wahlkreis Reuß ä. L. 50,—. Geestemünde, sozialdemokratischer Verein von Bremerhaven 100,—. Gelenau im Erzgebirge durch L. R. vom N.-W.-Kalender 4,—. Geringswalde i. S., durch E. P. 20,—. Hanau-Gelnhausen 200,—. Hastedt bei Bremen, von Parteigenossen 10,—. Häslicht, sozialdemkr. Verein v. H. u. Umg. 14,—. Halberstadt, von den Parteigenossen 100,—. Hastedt, Fregesche grüne Jungens aus dem Kartenkl. H. N. 5,—. Hamburg, Quaimaurer-Loge 8,—. Harburg a. E., sozialdemokr. Partei-Organisation von H. u. Umg. 300,—. Hagen i. W., Ungenannt 3,—. Haßfurt a. M., L. Richter 3,—. Hamburg, im Monat Januar in der Expedition des „Echo" eingegangen 41,20. Hamburg, 1. Wahlkreis 4500,—. Hartha i. S. 10. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 100,—. Köpenick, von den Parteigenossen 100,—. Leisnig, Arbeiterverein 15,—. Lahr i. B., Altvater 5,—. Lüdenscheid, durch G. L. 50,—. Meerane, 17. sächs. Reichstags-Wahlkreis 1. Rate 25,—. Marburg, durch den Vertrauensmann 20,—. München, Gauverband Südbayern, viertes Quartal 1900 85,34. München, Waldläufer 5,—. Mannheim, sozialdemokr. Verein 200,—. Nürnberg, sozialdemokr. Verein Nürnberg-Altdorf 20,—. Neustadt (Oberschl.), rothe Hochzeit 1,20. Oberstein a. d. N., Volksverein 4,18. Oberlangenbielau, Arbeiter aus dem Eulengebirge 100,—. Ohlau, v. d. Parteigenossen 180,10. Pforzheim, v. sozialdem. Verein d. A. P. 50—. Pirna, 8. sächs. Reichst.-Wahlkr. 100,—. Pforzheim, von badischen Genossen 50,—. Regensburg, Parteibeitrag 10,—. Reichenbach i. Sch., v. Parteigenossen 20,—. Rahnsdorf, R. u. P. 6,—. Ronsdorf, allgem. Arbeiterv., Parteibeitrag 4. Quart. 25,—, Genosse E. W. 1,—, Sa. 26,—. Rawitsch, 10,65. Reichenbach i. Schl., sozialdem. Lese- u. Diskutierkl. Gleichheit 5,—. Schwäbischer Zinsgroschen 250,—. Seesen a. H., 3. braunschweigischer Wahlkr., d. d. Kreisvertr. 10,—. Stolberg (Rheinl.), rothe Brüder 5,—. Soran, durch G. R. 25,—. Slamen b. Spremberg, v. Parteigenossen durch U. 25,—. Stuttgart, G. U. 10,—. Spremberg N.-L. 75,—. Schriesheim, sozialdemokratischer Verein 10,—. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, Central-Wahlverein 1000,—. Tschirnitz bei Jauer, von den Steinarbeitern 6,40. Ueberschuß von der Silberhochzeit durch H. M. 11,—. „Vorwärts", Ueberschuß vom 4. Quartal 1900 20072,05. Verden, 6. hannov. Wahlkr., 4. Quartal 1900 30,—. Württemberg 100,—. X. Y. Z. 2000,—.

Berlin, den 7. Februar 1901.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

---

dann ich bin darin ein bischen verwöhnt." Er lächelte, als er unwillkürlich nach seiner Tasche greift. „Für ein Glas Bier sorgen Sie. Und wenn Ihr Mann arbeitet oder über Land ist, da laße ich Ihnen auch schon mal ganz gerne Gesellschaft."

„Ich habe ja meine Arbeit und mein Kind," erwidert sie unbefangen.

„Eine Arbeit, die, wie ich sehe, gar nicht für Ihre zierlichen Finger paßt. Die werden ja ganz verdorben. So etwas haben Sie zu Hause nicht gemacht. Na, und die Schlafwappe" — er biegt den Kopf seitwärts, „die kann Sie doch nicht ausfüllen."

Fine sieht ihm mit großem Blick verwundert in das Gesicht.

„Der Arbeit schäme ich mich nicht — meine Mutter hat früher auch geholfen, wie mein Vater ein Anfänger war. Und dann hab' ich meine Schwägerin Bettchen — da kommt sie eben!" sagt sie erleichtert, als sie die Gartenthür aufstoßen und den bekannten Schritt hört. Er blickt ärgerlich: Jetzt braucht diese Person auch nicht gerade zu kommen, das thut nicht nöthig. Sie sieht ihn immer so streng an. Wenn's noch das Klärchen wäre — das versteht aber einen Witz zu lachen und nimmt's nicht erst, wenn man's einmal um die Taille faßt.

„Na, denn bis zum nächsten mal, kleine Frau! Das Haus hier unten am Schierstand hat eine ganz besondere Anziehungskraft für mich und ich muß ja auch oft vorbei, für den Jägers Flinten bringen und holen. Auf Wiedersehen!" Er hat ihre Hand gefangen, was die Maschine einen Augenblick zum Stillstand bringt. Bettchen hört noch die letzten Worte, dann zieht er, an ihr vorbeischlürfend, den Hut. „Ihren Bruder habe ich nicht getroffen — N'Morgen!"

Bettchen, im schlichten gedruckten Kattunkleid, hält ihren Hut in der Hand und trägt einen Korb mit Gemüse auf dem Kopf. Sie nimmt ihn herunter, holt auch das kleine Kissen, das zum Schutz gegen den Druck gedient, herab und sagt, eh' Fine sie anreden kann: „So gut giebts euer Garten doch nit — der ist zu lang unter der Semmels Wirthschaft vernachlässigt — schau, für die Woch' wird es bei euch reichen."

„Du bist immer so sorgsam, Bettchen — ich danke dir."

Die beiden geben einander die Hände.

„Tag auch" — ruft Bettchen. „Und 's Kind und der Anton — ja so, der ist ja fort, den hat Bick nit getroffen."

„Auf Schwende — dem Gutshof ist er — sie wollen vielleicht Bestellungen machen." Und mit einem Seufzer: „Wenn sie's nur thun!"

„Ja, ja!" spricht Bettchen, auch in einem besorgten Ton. Dann beugt sie sich nach dem Wagen. „Wie goldig das daliegt — wie ein Wunder ist's! Die Händche! und erst das liebe Mäulche! Guck auch, es bewegt's; es träumt sicherlich vom Fläschche! Ei du, Bündelche du, gelt — das träumst? Was weißt denn sonst schon vom Leben? Nit viel!"

Finche hört mit mütterlichem Stolz zu. Dann fragt sie: „Wie geht's zu Haus?"

„Wie immer," antwortet die Schwägerin. „Der Vater thut nix, die Mutter rührt ihre Hefenklöß' mit Umständ' und das Klärche sitzt an sei'm Putz. Daß der die Kaufleut' immer noch borgen! Schau, das wundert mich. 'S hat wieder neue Muster von der Garderobenjungfer, der Fritze. Die ist auch ein Leichtsinn; das weiß die Herrschaft nit." Sie seufzt, hat das durchs Fenster gesprochen und kommt jetzt herein. Die Stube ist ganz behaglich, die einfachen Möbel sind neu und blitzen von Sauberkeit; Blumen stehn in der Mitte des Tisches und auf der Kommode, unweit von Fines Arbeitsplatz.

„Setz dich!" sagt die junge Frau, „ich kann schlecht aufstehn unter dem schweren Stoff da —"

„Daß du das auch machst! Das ist doch nix für deine Händche —" meint Bettchen. „Das kann der Anton selber nähn; hat ja so viel Zeit zum Spazierengehn — leider — oder gieb's mir her."

Fine lächelt, das Gleiche hat der Jäger gesagt. Warum sie nur alle sie für zu fein zur Arbeit halten? sie will sie ja.

„Wenn's uns nur weiter bringt, Bettchen, da thue ich alles gern. Tag und Nacht wollt ich an der Maschine sitzen. Nichts sollte mich verdrießen, gar nichts!"

„Ja, 's ist ein Kreuz." Bettchen zieht ein Strickzeug, ein Kinderstrümpfchen hervor und setzt die Nadeln in Bewegung.

„Bis du mir eine Arbeit zuweist;" meint sie. Dann wirft sie unbeachtet einen traurigen Blick über die feine junge Gestalt; ein solches Kindergesicht hat die Fine gehabt, als sie nach Altstein kam. Jetzt sieht sie schon ganz anders aus, so vom Leben wissend, so sorgend.

„Finche, immer mein ich, dein' Eltern hätten es gar nit zugeben sollen, daß du so weit fort bist. Das Heimweh hat dich mitgenommen gehabt; gesagt hast du's nicht, gewußt hab ich's doch."

„Wir hatten — wir haben uns doch lieb — Anton und ich!"

„Schon! Aber dann konnt er dir zu Liebe dort unten bleiben, unter den Augen deines Vaters hätte er gewiß 'nen bessern Anfang gefunden!"

Fine seufzt nur.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod Schwartz — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck